



Regionalverband  
FrankfurtRheinMain

Betr.: **1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

hier: Auslegungsbeschluss (Offenlage)

Vorg.: Beschluss Nr. III-243 des Regionalvorstandes vom 13.11.2014  
Beschluss Nr. III-211 der Verbandskammer vom 17.12.2014 zu DS III-79  
(Aufstellungsbeschluss)

## **I. Antrag**

Die Verbandskammer möge beschließen:

1. Aufgrund der Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit, der betroffenen Stadt Mühlheim am Main, der Abstimmung mit benachbarten Kommunen und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist der Entwurf der oben genannten Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 in der Fassung der vorgelegten Planzeichnung mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Gleichzeitig werden die Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.
2. Ort und Dauer der Auslegung sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekannt zu machen.
3. Der Regionalvorstand wird beauftragt, alles Weitere zu veranlassen, insbesondere die benachbarten Kommunen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.

## II. Erläuterung der Beteiligungssituation

Die Einleitung des Verfahrens wurde am 05.01.2015 im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 1-2/15 bekannt gemacht. Die betroffene Stadt/Gemeinde, die benachbarten Kommunen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 09.01.2015 beteiligt.

- 1) Die betroffene Stadt Mühlheim am Main hat sich nicht geäußert.

Von den benachbarten Kommunen, mit denen die Änderung abgestimmt wurde,

### **haben sich nicht geäußert:**

Magistrat der Stadt Hanau  
Magistrat der Stadt Maintal, Fachdienst Stadtentwicklung und Umwelt

### **haben keine für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlichen Informationen mitgeteilt:**

Magistrat der Stadt Obertshausen, Fachbereich 7 Bauen, Wohnen, Umwelt u. Verkehr  
Magistrat der Stadt Offenbach, Amt 60

- 2) Von den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

### **haben sich nicht geäußert:**

Amt für Bodenmanagement Heppenheim  
Arbeitsgemeinschaft Hessische Industrie- und Handelskammern  
Bischöfliches Ordinariat Mainz, Dez. Bau und Kunstwesen  
Botanische Vereinigung für Naturschutz in Hessen (BVNH) e.V.  
Bund Freikirchliche Gemeinden in Hessen-Siegerland, Leiterin des Landesverbandes  
Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden  
BUND Landesverband Hessen e.V.  
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben  
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Verkauf  
Bundeseisenbahnvermögen, Dienststelle Mitte  
Bundesnetzagentur, Außenstelle Eschborn  
DB Station & Service AG, Regionalbereich Mitte  
Deutsche Gebirg und Wandervereine, LV Hessen  
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Deutscher Wetterdienst  
Die Heilsarmee, Nationales Hauptquartier, Liegenschaftsabteilung  
E.ON Kraftwerke GmbH, Immobilien  
E.ON Kraftwerke GmbH, Immobilienmanagement  
Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Frankfurt/Saarbrücken  
Energie und Versorgung Butzbach GmbH  
Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Kirchenverwaltung  
Hessenenergie GmbH  
Hessische Diözese der Selbständigen Evang- Luth. Kirche  
Hessisches Immobilienmanagement  
HGON Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V.  
Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland, Bischöfliches Ordinariat Bonn  
Kreisausschuss des Hochtaunuskreises, Fachbereich Bauaufsicht  
Kreisausschuss des Kreises Offenbach  
KreiVerkehrGesellschaft Offenbach  
LAG der Hessischen Frauenbüros, Frauenbeauftragte (HGIG)  
Landesamt für Denkmalpflege Hessen  
Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.

Landeswohlfahrtsverband Hessen, Hauptverwaltung  
Landrat des Kreises Offenbach  
LJV Landesjagdverband Hessen e.V.  
Maingau Energie GmbH, Obertshausen  
NABU Landesverband Hessen  
NiO, Nahverkehr in Offenbach GmbH  
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hessen e.V.  
Staatlich technische Überwachung Hessen  
Stadtwerke Mühlheim  
Stadtwerke Offenbach Holding GmbH  
STRABAG, Property and Facility Services GmbH, RE 3132  
Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten in Hessen  
Wasserverband Kinzig

**haben keine für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlichen Informationen mitgeteilt:**

Amprion GmbH  
Avacon AG, Prozesssteuerung - DGP  
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr  
Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung  
Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Technische Infrastruktur, Niederlassung Mitte  
DFS Deutsche Flugsicherung GmbH  
Forstamt Langen, Hessen-Forst  
Fraport AG, Rechtsangelegenheiten und Verträge  
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main  
Hessische Landesbahn GmbH  
Hessisches Baumanagement, Regionalniederlassung Rhein-Main  
Landessportbund Hessen e.V., GB Sportinfrastruktur  
Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Netzdienste Rhein-Main GmbH  
Netzdienste Rhein-Main GmbH, Technisches Büro GasUnion  
PLEDOC, Leitungsauskuft/Fremdplanungsbearbeitung  
Polizeipräsidium Südhessen, Abteilung Einsatz E 13  
RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH  
Tennet TSO GmbH  
Zweckverband Wasserversorgung ZWO, Stadt und Kreis Offenbach

**haben Stellungnahmen abgegeben:**

DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Frankfurt  
Energieversorgung Offenbach EVO AG  
Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement Darmstadt  
Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie  
IHK Offenbach am Main  
Kreisausschuss des Hochtaunuskreises, Fachbereich Ländlicher Raum  
Kreisausschuss des Hochtaunuskreises, Fachbereich: Umwelt, Naturschutz  
Kreisausschuss des Kreis Offenbach, Fachdienst 64  
Regierungspräsidium Darmstadt, III 31.2

3) Von Bürgern bzw. Privaten wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

Wenn im Verfahren Beteiligte sich nicht geäußert haben, kann davon ausgegangen werden, dass die von diesen Beteiligten wahrzunehmenden Belange durch die Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 nicht berührt werden.

Alle Stellungnahmen werden - wie aus den Anlagen ersichtlich - gewürdigt und behandelt.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind zusätzlich öffentlich auszulegen:

- Strategische Umweltprüfung des Regionalverbandes
- Landschaftsplan UVF 2000 des ehemaligen Umlandverbandes Frankfurt
- Gutachterliche Stellungnahme zur Geräuschsituation innerhalb des Gebietes des Bebauungsplanes Nr. 81 "Nördlich der Dietesheimer Straße" (ACCON Köln GmbH/2013)
- Stellungnahme DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Frankfurt
- Stellungnahme Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
- Stellungnahme Kreisausschuss des Hochtaunuskreises, Fachbereich Ländlicher Raum
- Stellungnahme Kreisausschuss des Hochtaunuskreises, Fachbereich: Umwelt, Naturschutz
- Stellungnahme Kreisausschuss des Kreis Offenbach, Fachdienst 64
- Stellungnahme Regierungspräsidium Darmstadt, III 31.2

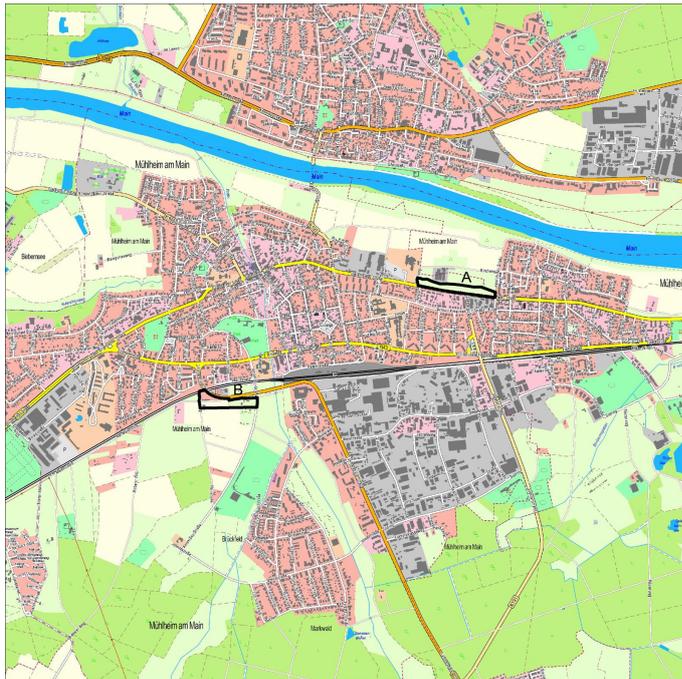
### **III. Erläuterung des Beschlusses**

Da in der Verfahrensbeteiligung keine Stellungnahmen abgegeben worden sind, die eine nochmalige Änderung der Planung erfordert hätten, kann die Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 unverändert öffentlich ausgelegt werden.



# Änderungsunterlagen

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"



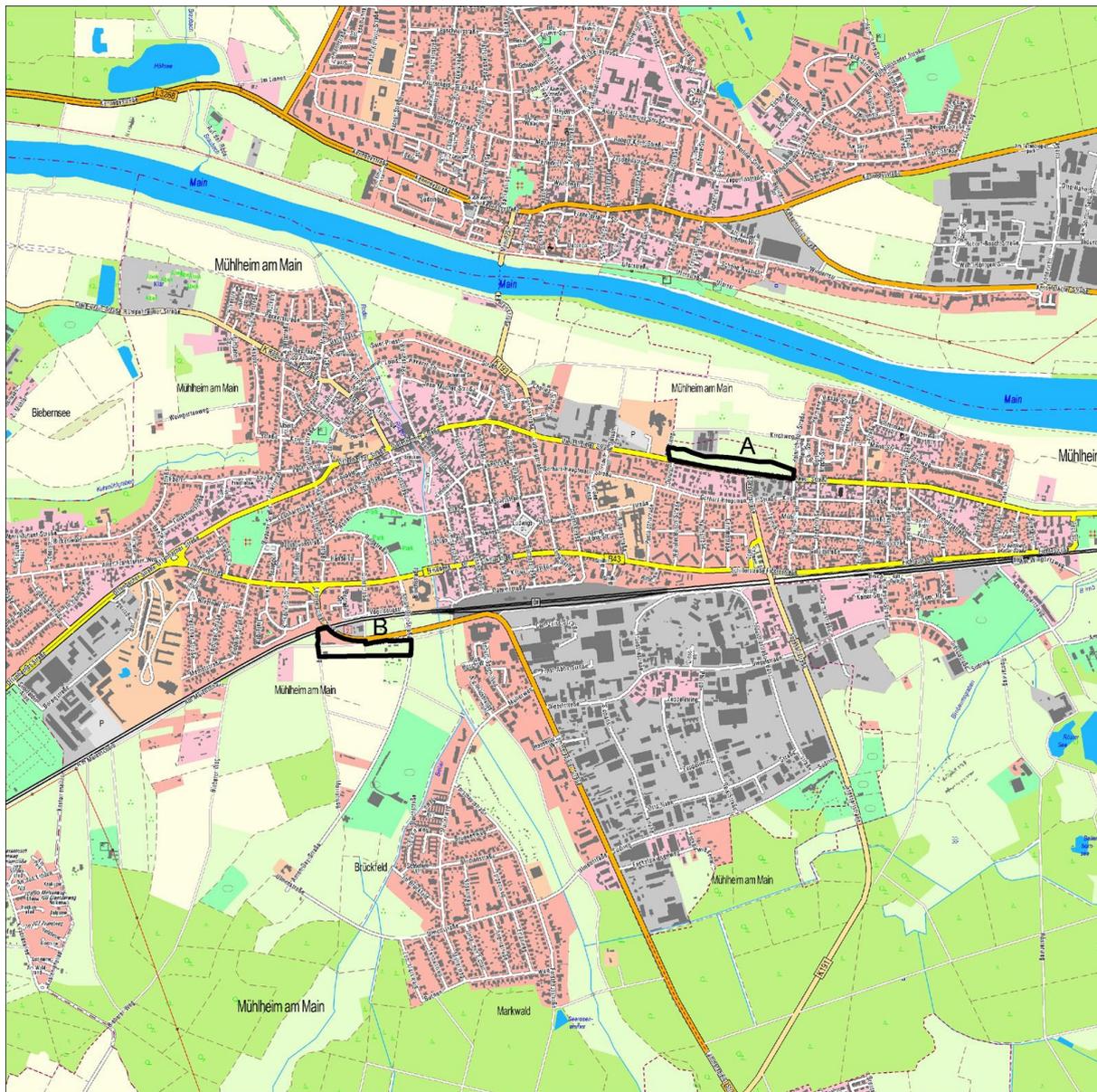
## INHALTSVERZEICHNIS

1. Kartenteil
2. Begründung
  - A. Erläuterung der Planung
  - B. Umweltbericht

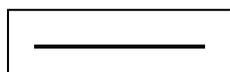


1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die Stadt Mühlheim am Main, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

Lage des Änderungsbereiches (Quelle: Präsentationsgraphik 1:10.000 ATKIS®-Basis-DLM)



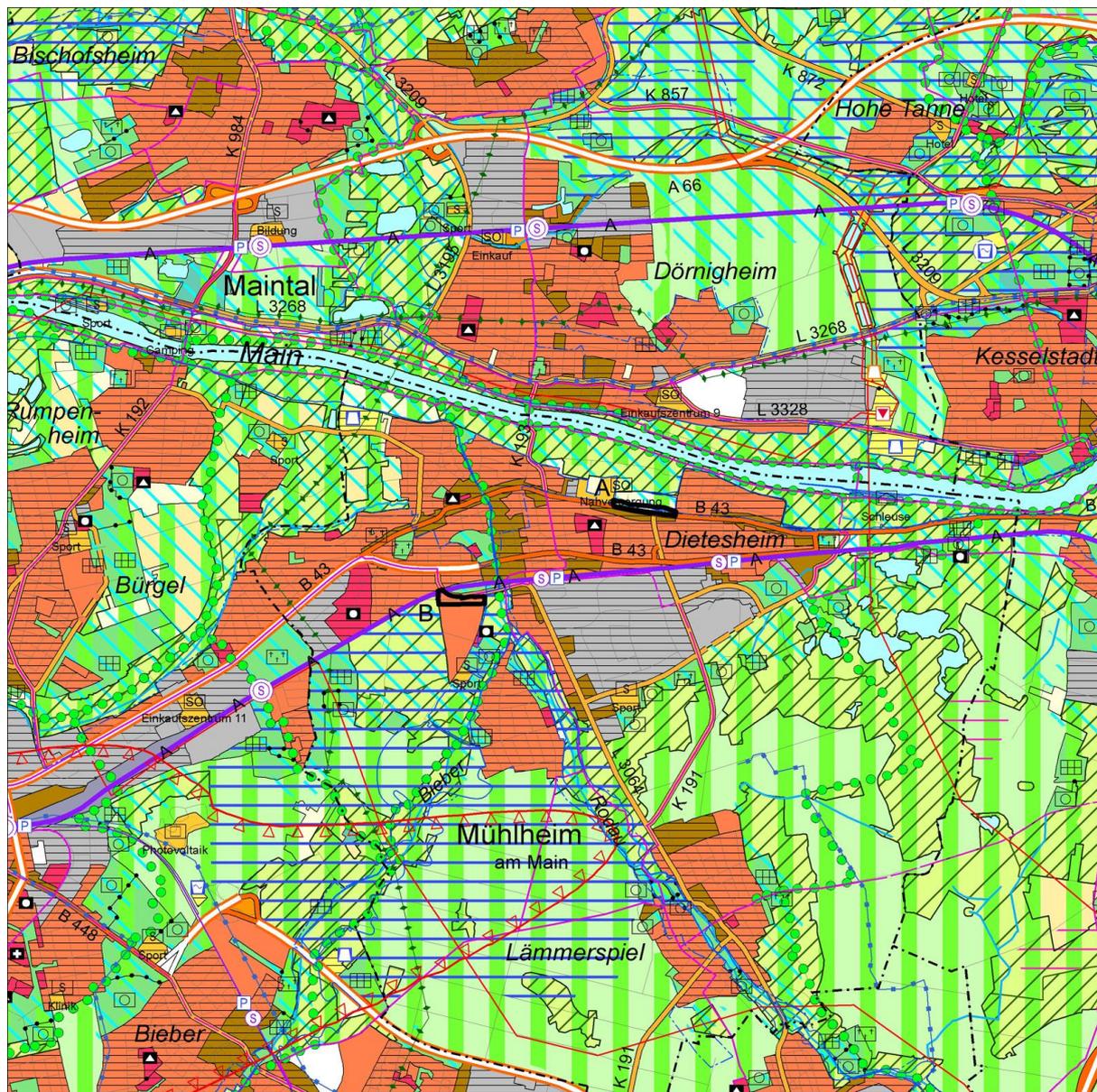
Ohne Maßstab



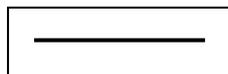
Grenze des Änderungsbereiches

1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die Stadt Mühlheim am Main, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

Darstellung der Flächen im Regionalplan Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplan  
2010, Planstand 31.12.2013

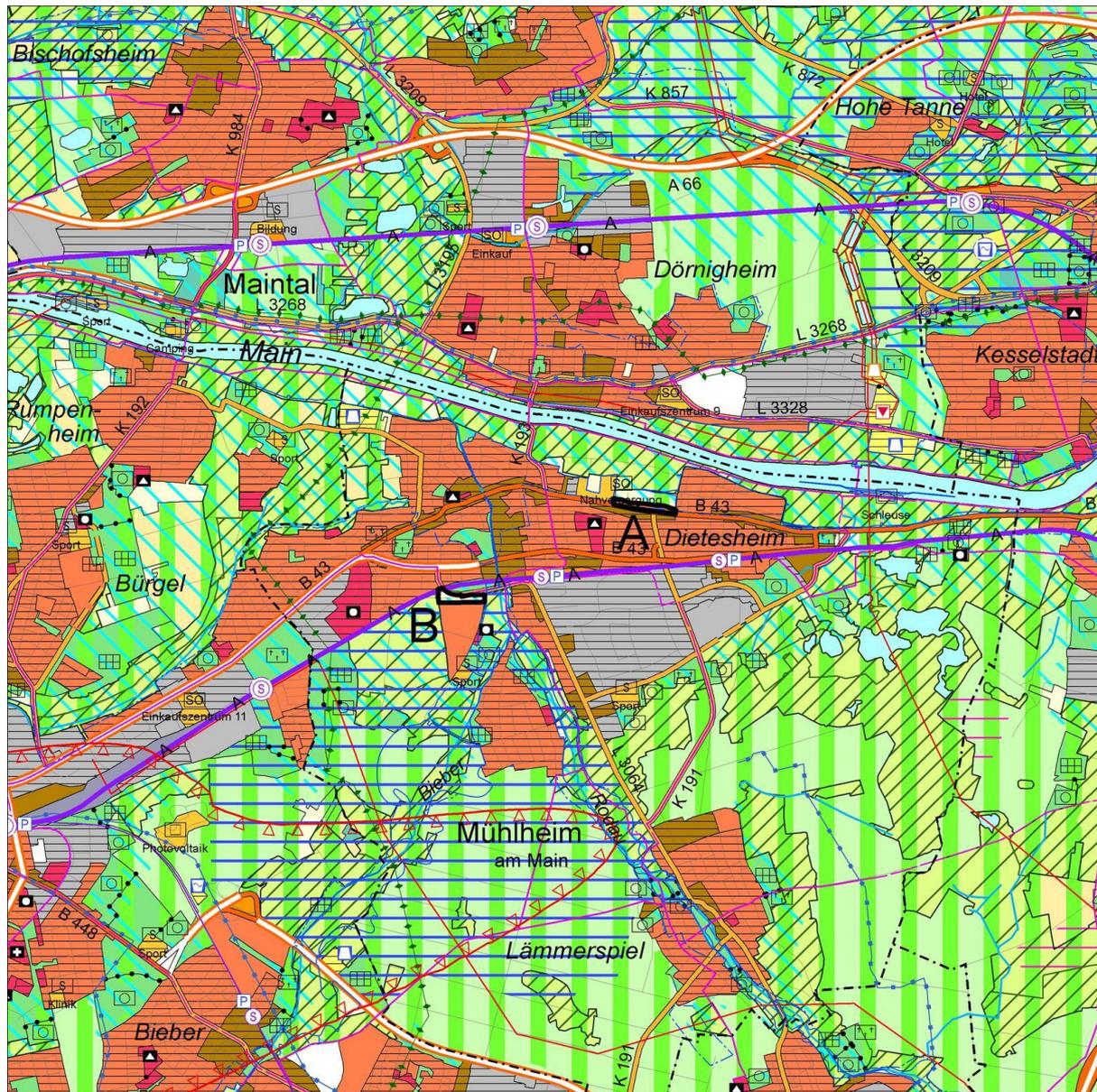


M. 1 : 50 000

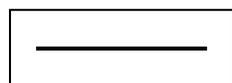


Grenze des Änderungsbereiches

## Vorgesehene Änderung



M. 1 : 50 000



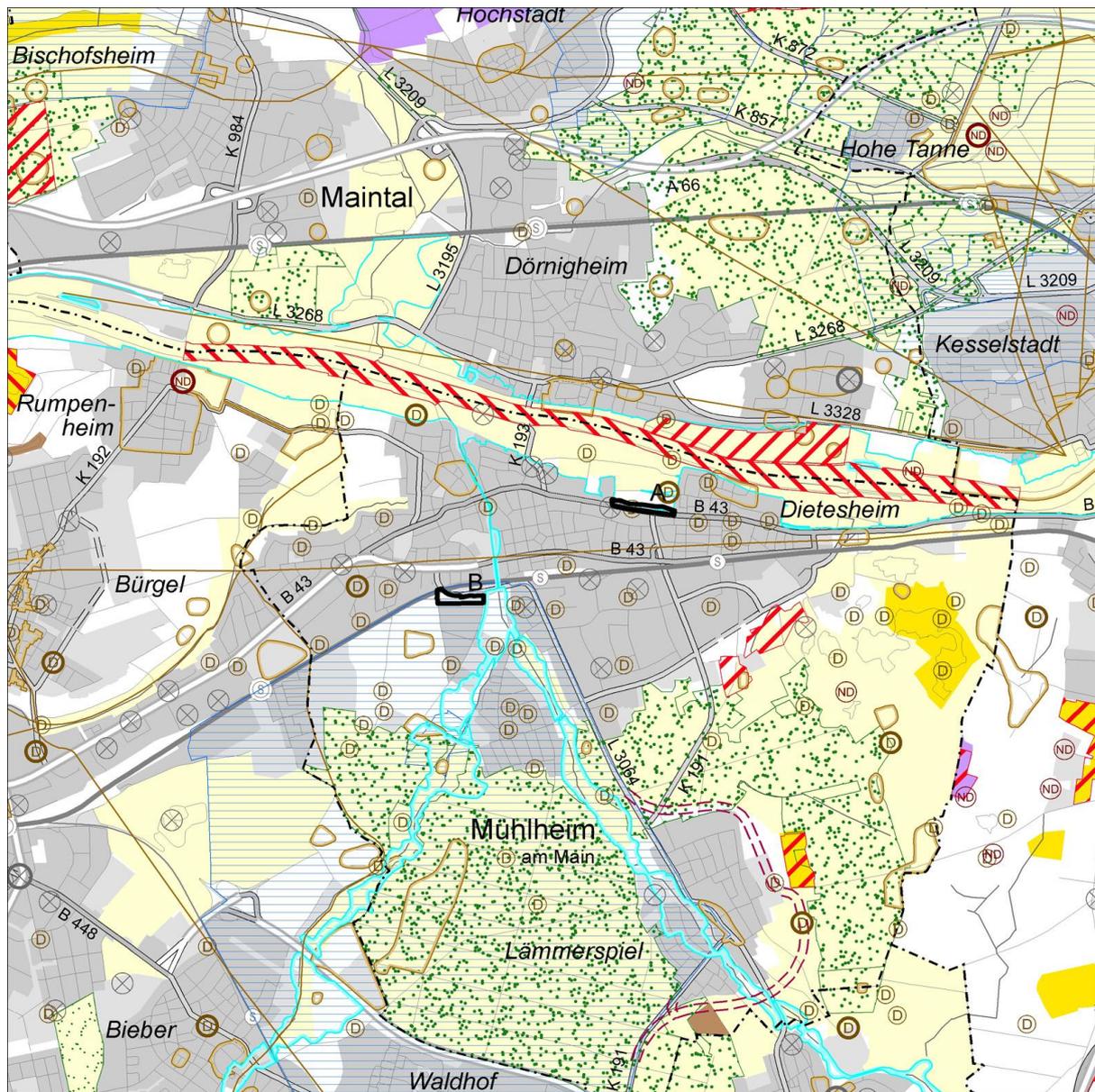
Grenze des Änderungsbereiches

Gebiet A:  
"Fläche für die Landwirtschaft" mit "Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen"  
und teilweise "Vorranggebiet Regionaler Grünzug" (ca. 2,1 ha) in "Wohnbaufläche, geplant"

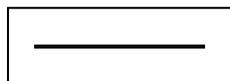
Gebiet B:  
"Wohnbaufläche, geplant" (ca. 2,1 ha) in "Fläche für die Landwirtschaft"

1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die Stadt Mühlheim am Main, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

### Anpassung der Beikarte 1: Vermerke, nachrichtliche Übernahmen, Kennzeichnungen



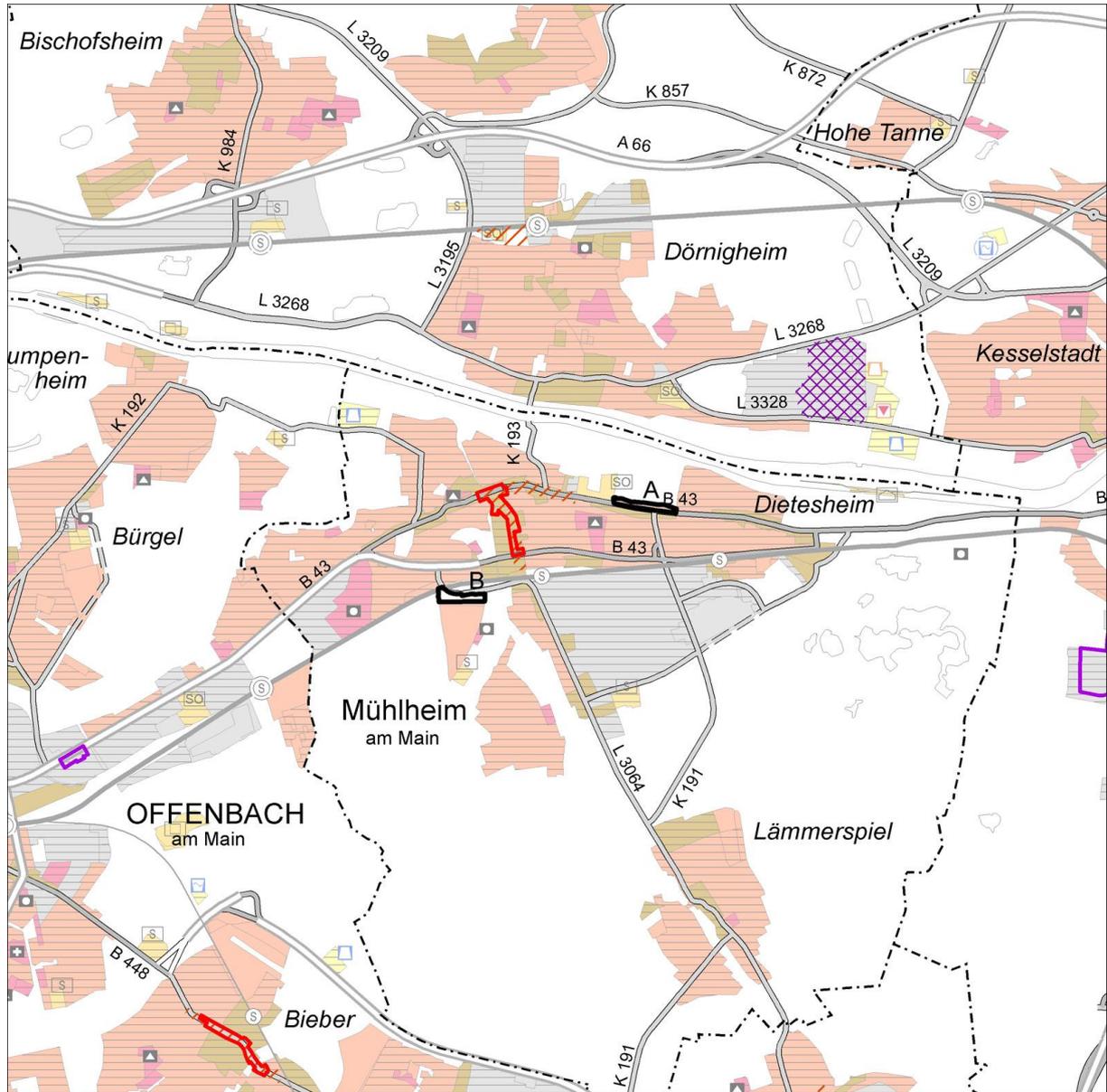
M. 1 : 50 000



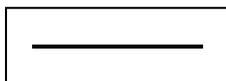
Grenze des Änderungsbereiches

1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die Stadt Mühlheim am Main, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

## Anpassung der Beikarte 2: Regionaler Einzelhandel

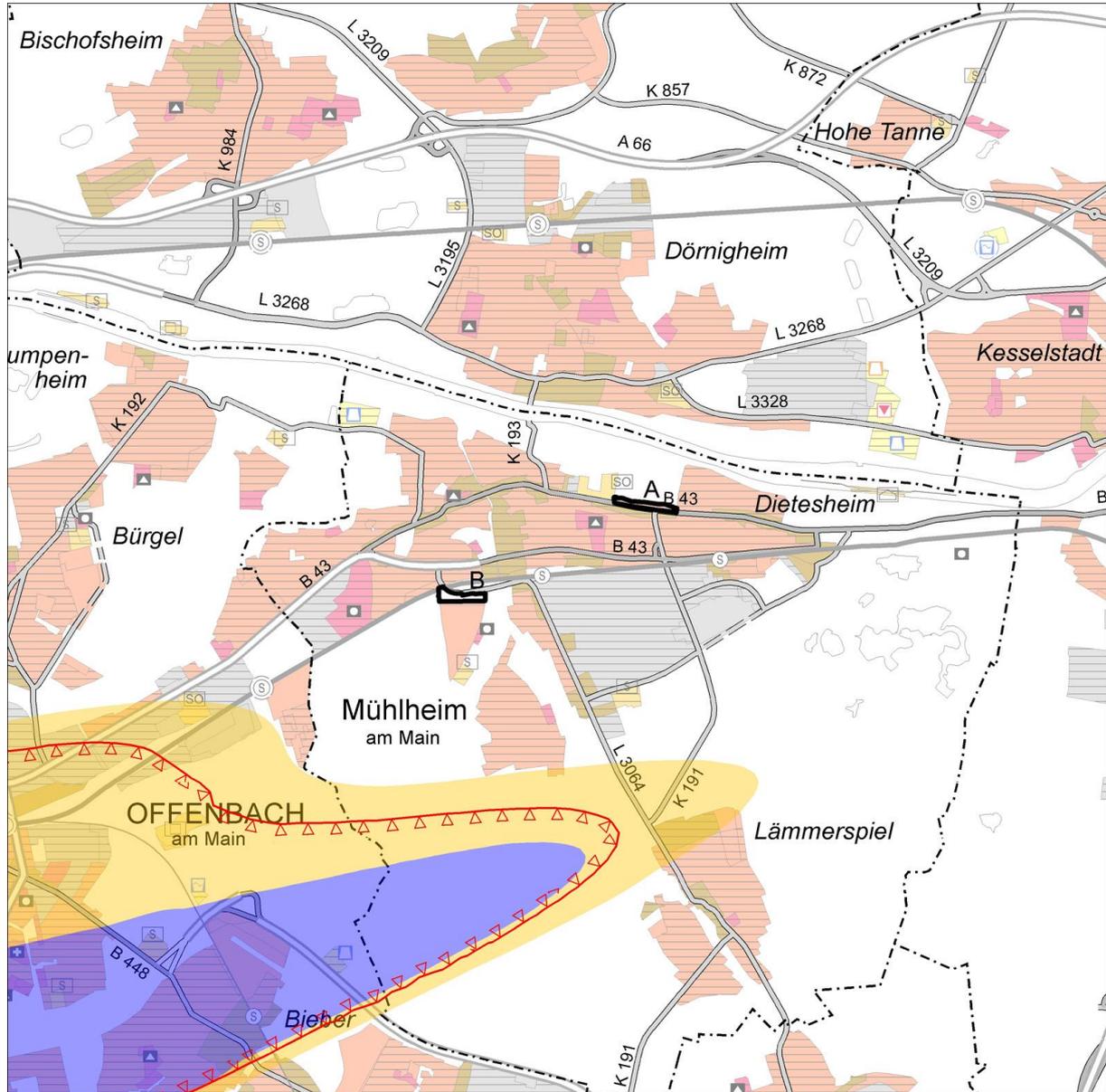


M. 1 : 50 000

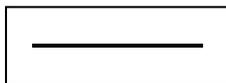


Grenze des Änderungsbereiches

Siedlungsbeschränkungsgebiete und Lärmschutzbereich Flughafen Frankfurt



M. 1 : 50 000



Grenze des Änderungsbereiches

**Siedlungsbeschränkungsgebiete gem. RegFNP**  
 Datengrundlage: RP Darmstadt (2011)

 Siedlungsbeschränkungsgebiete (keine neuen Wohn- und Mischgebiete; Umstrukturierungen im Bestand möglich)

**Lärmschutzbereich Flughafen Frankfurt - Schutzzonen gem. FlULärmG und FlULärmFrankfV**  
 Datengrundlage: HMMWL (2011)

-  Nacht- und Tag-Schutzzonen (kein Neubau von Wohnungen, Krankenhäusern, Heimen, Schulen und Kindergärten)
-  Nacht-Schutzzone (kein Neubau von Wohnungen, Krankenhäusern und Heimen; Schulen und Kindergärten erlaubt)
-  Tag-Schutzzone 2 (kein Neubau von Krankenhäusern, Heimen, Schulen und Kindergärten; Wohnungsbau erlaubt)

Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, weitere Information in der Begründung

# Legende – Regionaler Flächennutzungsplan 2010

## Hauptkarte

### Siedlungsstruktur

	Wohnbaufläche, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.2 HLPG
	Gemischte Baufläche, Bestand/geplant	§ 5 Abs.2 Nr.1 BauGB
	Gewerbliche Baufläche, Bestand/geplant	s.o.
	Fläche für den Gemeinbedarf, Bestand/geplant	§ 5 Abs.2 Nr.2 BauGB
	Sicherheit und Ordnung	s.o.
	Krankenhaus	s.o.
	Weiterführende Schule	s.o.
	Kultur	s.o.
	Sonderbaufläche, Bestand/geplant (textl. Zweckbestimmung)	§ 5 Abs.2 Nr.1 BauGB
	Sonderbaufläche mit hohem Grünanteil (textl. Zweckbestimmung)	s.o.
	Sonderbaufläche mit gewerblichem Charakter (textl. Zweckbestimmung)	s.o.
	Sondergebiet für den großflächigen Einzelhandel (ggf. nähere Zweckbestimmung)*	s.o.
	Siedlungsbeschränkungsgebiet	§ 9 Abs.4 Nr.2 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Satz 2 HLPG
	Vorranggebiet Bund	§ 6 Abs.3 Nr.1 HLPG
	Grünfläche (ohne Symbol: Parkanlage)	§ 5 Abs.2 Nr.5 BauGB
	Sportanlage, Freibad, Festplatz, Grillplatz, Jugendzplatz, größerer Spielplatz, Kleintierzucht, Hundedressur, Tiergehege	s.o.
	Wohnungsferne Gärten	s.o.
	Friedhof	s.o.

### Verkehr

	Fläche für den Straßenverkehr	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Bundesfernstraße, mindestens vierstreifig, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	Bundesfernstraße, zwei- oder dreistreifig, Bestand/geplant	s.o.
	Sonstige regional bedeutsame Straße oder örtliche Hauptverkehrsstraße, mindestens vierstreifig, Bestand/geplant **	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Sonstige regional bedeutsame Straße oder örtliche Hauptverkehrsstraße, zwei- oder dreistreifig, Bestand/geplant **	s.o.
	Ausbaustrecke Straße	s.o.
	Straßentunnel	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	P+R-Platz (ab ca. 50 Stellplätzen)	§ 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Überörtliche Fahrradrouten, Bestand/geplant	s.o.
	Fläche für den Schienenverkehr	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Schienenfernverkehrsstrecke, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	Regional bedeutsame Schienennahverkehrsstrecke oder örtliche Schienenhauptverkehrsstrecke, Bestand/geplant **	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Ausbaustrecke Schiene	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	Trassensicherung stillgelegter Strecke	s.o.
	Bahntunnel **	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Haltepunkt im Fernverkehr, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	Haltepunkt im Regionalverkehr, Bestand/geplant	s.o.
	Haltepunkt im S-Bahn-Verkehr, Bestand/geplant	s.o.
	Haltepunkt im U-/Stadt- oder Straßenbahnverkehr, Bestand/geplant	§ 5 Abs.2 Nr.3 BauGB
	Fläche für den Luftverkehr, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG
	Flughafen, Bestand/geplant	s.o.
	Verkehrslandeplatz, Bestand/geplant	s.o.

### Versorgungsanlagen, Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung

	Fläche für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.3 HLPG § 5 Abs.2 Nr.4 BauGB
	Einrichtung der Elektrizitätsversorgung - Kraftwerk, Bestand/geplant	s.o.
	Einrichtung der Elektrizitätsversorgung - Umpannstation, Bestand/geplant	s.o.
	Einrichtung zur Wasserversorgung, Bestand/geplant	s.o.
	Einrichtung zur Abfallentsorgung, Bestand/geplant	s.o.
	Einrichtung zur Abwasserbeseitigung, Bestand/geplant	s.o.
	Hochspannungsleitung, Bestand/geplant	s.o.
	Abbau Hochspannungsleitung	s.o.

### Rechtsgrundlage

	Fernwasserleitung, Bestand/geplant
	Sonstige Produktenleitung (i.d.R. Gas), Bestand/geplant

### Land- und Forstwirtschaft

	Vorranggebiet für Landwirtschaft	§ 9 Abs.4 Nr.6 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG § 5 Abs.2 Nr.9a BauGB
	Fläche für die Landbewirtschaftung	§ 9 Abs.4 Nr.6 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG § 5 Abs.2 Nr.9a BauGB
	Wald, Bestand/Zuwachs	§ 9 Abs.4 Nr.5 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG § 5 Abs.2 Nr.9b BauGB

### Natur und Landschaft

	Vorranggebiet für Natur und Landschaft	§ 9 Abs.4 Nr.4 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG
	Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft	§ 9 Abs.4 Nr.4 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG
	Ökologisch bedeutsame Flächennutzung mit Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	§ 5 Abs.2 Nr.10 BauGB § 5 Abs.2a BauGB
	Vorranggebiet für Regionalparkkorridor	§ 9 Abs.4 Nr.4 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG
	Vorranggebiet Regionaler Grünzug	§ 9 Abs.4 Nr.7 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG
	Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen	§ 9 Abs.4 Nr.7 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG
	Still- und Fließgewässer	§ 5 Abs.2 Nr.7 BauGB
	Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	§ 9 Abs.4 Nr.7 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG § 5 Abs.2 Nr.7 BauGB
	Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	§ 9 Abs.4 Nr.7 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG
	Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz	§ 9 Abs.4 Nr.7 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG

### Rohstoffsicherung

	Vorbehaltsgebiet oberflächennaher Lagerstätten	§ 9 Abs.4 Nr.8 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.2 HLPG
	Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Bestand/geplant	§ 9 Abs.4 Nr.8 HLPG i.V.m. § 6 Abs.3 Nr.1 HLPG § 5 Abs.2 Nr.8 BauGB

### Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen	Nr. 15.14 PlanzV
--	--	------------------

### Kenzeichnung aus Genehmigungsbescheid

	von der Genehmigung ausgenommene Fläche	Genehmigungsbescheid (27.06.2011)
	von der Genehmigung ausgenommene Straße, Bestand/geplant	Genehmigungsbescheid (27.06.2011)

### Beikarte 1: Vermerke, nachr. Übernahmen, Kennzeichnungen (siehe auch Hauptkarte)

	Straße (allg.), räumlich bestimmt, regionalplanerisch nicht abgestimmt, nachrichtlich übernommen/vermerkt	§ 5 Abs.4 BauGB
	Ausbaustrecke Straße/Schiene	s.o.
	Straßen-/Bahntunnel	s.o.
	Schienenstrecke (allg.), räumlich bestimmt, regionalplanerisch nicht abgestimmt, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Segelfluggelände, nachrichtlich übernommen	s.o.
	Lage einer/mehrerer Fläche(n), deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind	§ 5 Abs.3 Nr.3 BauGB
	Gebiet gemeinschaftlicher Bedeutung nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU (FFH), nachrichtlich übernommen/vermerkt	§ 5 Abs.4 BauGB
	Europäisches Vogelschutzgebiet, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Naturschutzgebiet, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Landschaftsschutzgebiet, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Geschützter Landschaftsbestandteil, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Geschützter Landschaftsbestandteil, punktuell, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Naturdenkmal, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Naturdenkmal, linienhaft, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Naturdenkmal, punktuell (eines/mehrere), nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Naturpark, nachrichtlich übernommen	s.o.
	Bann- und Schutzwald, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Erholungswald, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiet (Schutzzone I oder II), nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiet (Schutzzone III, III A, III B oder IV), nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.
	Überschwemmungsgebiet, nachrichtlich übernommen/vermerkt	s.o.

# Legende – Regionaler Flächennutzungsplan 2010

		Rechtsgrundlage
	Hochwasserrückhaltebecken, nachrichtlich übernommen/vermerkt	§ 5 Abs.4 BauGB
	Denkmalschutz, flächenhaft	s.o.
	Denkmalschutz, linienhaft	s.o.
	Denkmalschutz, punktuell (einer/mehrere)	s.o.
	Denkmalschutz, im Besonderen: UNESCO-Weltkulturerbe Limes	s.o.
	Baufläche, Bestand und Planung	
	Grünfläche, Bestand und Planung	
	Stadt-, Gemeindegrenze	
	Grenze des rechtlichen Geltungsbereiches des Regionalen Flächennutzungsplanes	MetropoIG

## Beikarte 2: Regionaler Einzelhandel

(siehe auch Hauptkarte)

	Versorgungskern	§ 9 Abs.4 Nr.2 HLP § 5 Abs.2 BauGB
	Zentraler Versorgungsbereich	s.o.
	Ergänzungsstandort	s.o.
	Sonstiger Einzelhandelsstandort, Bestand	s.o.
	von der Genehmigung ausgenommen	Genehmigungsbescheid (27.06.2011)

### \* Zulässige großflächige Sortimente innerhalb der "Sondergebiete Einkaufszentrum" (nummeriert)

- 1 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Bekleidung, Schuhe, Sportgeräte, Bau- und Gartenmarkt
- 2 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Elektroklein- und -großgeräte, Computer- und Kommunikationselektronik, Unterhaltungselektronik, Bekleidung, Schuhe, Haus- und Heimtextilien, Gardinen, Baumarkt
- 3 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Bekleidung, Schuhe, Haus- und Heimtextilien, Gardinen
- 4 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Elektroklein- und -großgeräte, Computer- und Kommunikationselektronik, Unterhaltungselektronik, Baumarkt, Büroorganisation, Bekleidung, Schuhe
- 5 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Elektroklein- und -großgeräte, Computer- und Kommunikationselektronik, Unterhaltungselektronik, Möbel, Teppiche, Bekleidung, Schuhe, Sportgeräte, Baumarkt
- 6 Elektroklein- und -großgeräte, Computer- und Kommunikationselektronik, Unterhaltungselektronik, Möbel, Küchen, Bekleidung, Schuhe, Zooartikel, Tiernahrung
- 7 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Bekleidung, Schuhe, Baumarkt
- 8 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Elektroklein- und -großgeräte, Computer- und Kommunikationselektronik, Unterhaltungselektronik, Möbel, Küchen, Teppiche, Zooartikel, Tiernahrung, Bekleidung, Schuhe
- 9 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Drogeriewaren, Wasch- und Putzmittel, Haushaltswaren, Bekleidung, Schuhe
- 10 Bau- und Gartenmarkt, Nahrungs- und Genussmittel
- 11 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Baumarkt, Gartenmarkt
- 12 Nahrungs- und Genussmittel, Getränke

\*\* Davon flächennutzungsplanbezogene Darstellungen nach § 5 Abs.2 Nr.3 BauGB, die in der Hauptkarte enthalten sind:

#### Örtliche Hauptverkehrsstraßen:

Bad Homburg: Anschluss Südring/Zubringer (4. Rampenanschluss)  
 Eschborn: Ausbau des Verknüpfungspunktes L 3005/L 3006 (Anschlussstelle Eschborn-Ost) mit der Anbindung an die Frankfurter Straße  
 Frankfurt am Main, Europaviertel: Europaallee - westlicher Straßenabschnitt zwischen Emser Brücke bis Am Römerhof  
 Frankfurt am Main, Ostend: Entlastungsstraße Hanauer Landstraße (Verlängerung der Ferdinand-Happ-Straße)  
 Frankfurt am Main, Ostend: Mainbrücke-Ost in Verlängerung der Honsellbrücke  
 Ginsheim-Gustavsburg: Ortsumgehung Ginsheim im Zuge der L 3040  
 Grävenwiesbach: Ortsumgehung Grävenwiesbach im Zuge der B 456  
 Mühlheim am Main: Lückenschluss Südring zwischen der K 191/Spessartstraße und Dieselstraße  
 Obertshausen: Verbindungsrampe zwischen der L 3117/Südumgehung Obertshausen und dem Rembrücker Weg  
 Oberursel: Anschluss der Weingärtenumgehung an die Nassauer Straße  
 Offenbach am Main: Umgehung Offenbach-Bürgel  
 Raunheim: Anschlussrampen von der B 43 zur Flörsheimer Straße (von der Genehmigung ausgenommen)  
 Raunheim: Verbindungsstraße zwischen der B 43 und der Aschaffener Straße  
 Wölfersheim: Verlegung der K 172 in dem Ortsteil Södel

#### Örtliche Schienenhauptverkehrsstrecken:

Bruchköbel: Güterzuggleisanschluss ehemaliger Fliegerhorst (Erfensee)  
 Frankfurt am Main: Hafengebäude im Bereich Osthafen - Fechenheim; Hafengebäude Osthafen - Gutleuthafen  
 Ginsheim-Gustavsburg: Güterzuggleisanschluss Hafen  
 Groß-Krotzenburg: Güterzuggleisanschluss Staudinger  
 Hanau: Hafengebäude der Stadtwerke Hanau  
 Hattersheim: Güterzuggleisanschluss Okrifel  
 Kelsterbach: Güterzuggleisanschluss Umspannwerk RWE  
 Alle Schienenstrecken im U-/Stadt- oder Straßenbahnverkehr einschließlich teilweise unterirdischer Führung

## **Begründung**

zur **1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim

Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"

Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

### **A: Erläuterung der Planung**

#### **A 1. Formelle Gründe für die Durchführung des Änderungsverfahrens**

Das Verfahren zur Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 (RPS/RegFNP 2010) wird gemäß den §§ 2 Abs. 1 und 205 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG) durchgeführt. Der RPS/RegFNP 2010 stellt gemäß § 5 BauGB für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Sinne des § 2 MetropolG die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung dar und legt gemäß § 5 HLPG (Hessisches Landesplanungsgesetz) in Verbindung mit § 9 HLPG Erfordernisse der Raumordnung fest.

Aus den im Folgenden dargelegten Gründen der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung ist es erforderlich, die Planaussagen in den Gebieten A "Nördlich der Dietesheimer Straße" und B "Südlich der Lämmerspieler Straße" in der Stadt Mühlheim am Main, Stadtteil Mühlheim zu überarbeiten.

#### **A 2. Geltungsbereich der Änderung**

Der Geltungsbereich der Änderung besteht aus zwei Gebieten mit einer Gesamtfläche von ca. 4,2 ha.

Das Gebiet A (2,1 ha) liegt im Osten des Stadtteiles Mühlheim. Südlich des Gebietes verläuft die Dietesheimer Straße/B43, östlich grenzt es an eine im RPS/RegFNP 2010 dargestellte "Wohnbaufläche, Bestand". Die nördliche Grenze verläuft ca. 50m nördlich der B43. Im Westen grenzt das Gebiet an den Kirchweg.

Das Gebiet B (2,1 ha) liegt im Bereich des Augenwaldgebietes und wird im Norden begrenzt durch die Lämmerspieler Straße. Die Südliche Grenze verläuft ca. 50m südlich der Lämmerspieler Straße. Östlich und westlich grenzt das Gebiet an die im RPS/RegFNP 2010 dargestellte "Ökologisch bedeutsame Flächennutzung".

Die Abgrenzungen können den vorgelegten Planzeichnungen entnommen werden.

#### **A 3. Anlass und Inhalt der Änderung**

Die Stadt Mühlheim am Main beabsichtigt die Ausweisung einer Wohnbaufläche entlang der Dietesheimer Straße. Ziel ist es die bislang einseitige bebaute Dietesheimer Straße städtebaulich aufzuwerten und durch eine Arrondierung eine beidseitige Bebauung zu ermöglichen. Der Bereich grenzt an drei Seiten (Ost-, Süd- und Westseite) unmittelbar an die vorhandene Ortslage an. Das geplante Wohngebiet setzt die Entwicklung nördlich der Dietesheimer Straße zu einer attraktiven Wohnlage in der Nähe der Mainauen fort. Mit der geplanten Arrondierung bietet sich die Möglichkeit die Nachfrage nach Wohnraum in Mühlheim am Main zentrumsnah mit bereits vorhandener Erschließung zu befriedigen. Ein entsprechender

Bebauungsplan ist im Verfahren (Parallelverfahren; Bauungsplan Nr. 81 - Nördlich der Dietesheimer Straße).

Damit der Bauungsplan als aus dem RPS/RegFNP 2010 entwickelt angesehen werden kann und um einen Flächenausgleich für das Gebiet A im Gebiet B zu realisieren, ist es erforderlich, die bisherigen Planaussagen im RPS/RegFNP 2010 wie folgt zu ändern:

Gebiet A:

"Fläche für die Landbewirtschaftung" mit "Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen" und teilweise "Vorranggebiet Regionaler Grünzug" (ca. 2,1 ha) in "Wohnbaufläche, geplant"

Gebiet B:

"Wohnbaufläche, geplant" (ca. 2,1 ha) in "Fläche für die Landbewirtschaftung"

Der Kartenhintergrund in den Beikarten 1 und 2 des RPS/RegFNP 2010 wird - soweit erforderlich - an diese Änderung der Hauptkarte angepasst.

#### **A 4. Regionalplanerische Aspekte**

Das Gebiet A liegt im Bereich der regionalplanerischen Festlegung "Fläche für die Landbewirtschaftung" und "Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen". Mit diesen Festlegungen ist der regionalplanerische Grundsatz verbunden, die Offenhaltung der Landschaft vorrangig durch Landbewirtschaftung sicherzustellen und die Flächen von Bebauung und anderen Maßnahmen, die die Produktion bzw. den Transport frischer und kühler Luft behindern können, freizuhalten. Zusätzlich ist das Gebiet etwa zur Hälfte als "Vorranggebiet Regionaler Grünzug" ausgewiesen.

Das Gebiet B liegt innerhalb des regionalplanerischen Vorranggebietes Siedlung, das gemäß Ziel Z3.4.1-3 des RPS/RegFNP 2010 die im RPS/RegFNP 2010 dargestellten Wohnbau- und gemischten Bauflächen, Sonderbauflächen, Grünflächen, innerörtlicher Flächen für Ver- und Entsorgung, Gemeinbedarfsflächen sowie Flächen für Verkehrsanlagen beinhaltet.

#### **A 5. Verkehrsplanerische Aspekte**

Das Gebiet A ist durch die südlich angrenzende Bundesstraße B 43/Dietesheimer Straße erschlossen. Die derzeitige Erschließung des Gebietes durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erfolgt über die nächstgelegenen Haltestellen "Willy-Brandt-Halle", "Hannauer Straße" und "Altenwohnheim" mit der Stadtbuslinie OF-31. Der Änderungsbereich liegt im 1.000 m-Einzugsbereich der Haltepunkte "Mühlheim (Main)" und "Mühlheim (Main)-Dietesheim" der S Bahn Linien 8 und 9 (Wiesbaden Hbf. - Hanau Hbf.). Über den entlang der B 43/Dietesheimer Straße verlaufende Fuß- und Radweg ist der Änderungsbereich an das städtische Fuß- und Radwegenetz angebunden. Das Geschäftszentrum um die Bahnhofsstraße liegt etwa 1.000 m entfernt und ist daher gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Bus erreichbar.

Eine detaillierte Ausarbeitung des Erschließungskonzeptes sowie die daraus resultierenden verkehrlichen Auswirkungen sind im Rahmen des parallelen Bauungsplanverfahrens vorzunehmen, zu überprüfen und mit der zuständigen Fachbehörde abzustimmen.

#### **A 6. Landschaftsplanerische Aspekte**

Im Landschaftsplan des früheren Umlandverbandes Frankfurt 2000 (Karte 24: "Entwicklungskarte") ist das Gebiet A als "Grünfläche - Wohnungsferne Gärten" dargestellt. Im Norden gehört es teilweise zu dem aus klimatischen Gründen freizuhaltenden Flächen entlang

des Mains. Die tatsächliche Nutzung wird als Grünland mit Kleingärten bzw. Grabeland in den östlichen und westlichen Randbereichen dargestellt.

Die seinerzeit von Seiten der Stadt Mühlheim geplante Entwicklung einer Kleingartenanlage bis an den nördlich verlaufenden Kirchweg konnte aufgrund der Vorschriften des Wassergesetzes nicht umgesetzt werden.

Zur Zeit befinden sich im Änderungsbereich noch einzelne Kleingärten mit illegalen Gartenhütten und baulichen Anlagen sowie der typischen Bepflanzung. Auf der übrigen Fläche besteht eine kleinteilige Nutzungsmischung aus Grünflächen, Grünland, Weiden, Gehölzen, Äckern sowie Brombeergebüschen infolge der Aufgabe von Gärten. Auch im nördlich an die Planfläche angrenzenden Gebiet sind noch einzelne Gartenanlagen vorhanden sowie ein Gartenbaubetrieb mit ausgedehnten Gewächshäusern.

Das Gebiet B ist im Landschaftsplan entsprechend den damaligen Planungen im südlichen Bereich bis zum Bieberer Weg als "Siedlungsflächen gemäß geltenden FNP Stand Juli 2000" dargestellt. Die tatsächliche Nutzung wird als Grünland, Acker, Ruderalfluren, Kleingarten, Grabeland und bebaute Bereiche mit der Maßgabe zur Erhaltung der Begrünung aufgeführt. Die Fläche zwischen Bieberer Weg und Lämmerspieler Straße ist dagegen Teil einer entlang der Bahn dargestellten "Grünfläche - Parkanlage", die aus klimatischen Gründen frei zu halten ist. Die vorhandenen Gebäude am Bieberer Weg sind im Landschaftsplan nicht dargestellt.

Da die Aussagen im Landschaftsplan auf den inzwischen überholten Planungskonzepten für die Stadt Mühlheim basieren, ist ein Abweichen von den Darstellungen nachvollzieh- und vertretbar.

Der naturschutzrechtlich erforderlichen Ausgleich auf Ebene des Bebauungsplanes für die geplante Bebauung ist in geringen Umfang im Gebiet selbst durch die Anlage von Hausgärten vorgesehen.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Bebauungsplanung zwei weitere Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld des Änderungsbereiches geplant. Zum einen wird in der Mainaue östlich der Rodau ein flacher Tümpel angelegt, der wertvollen Lebensraum für Tiere und Pflanzen wechselfeuchter Standorte bietet und die Strukturvielfalt in der Auenlandschaft erhöht. Durch die Anlage dieses Kleingewässers wird zusätzlicher Retentionsraum geschaffen.

Zum anderen ist im Bereich des Waldfriedhofes auf einer bisher als Lager genutzten Brachfläche die Anlage eines Buchenmischwaldes vorgesehen. Dieser soll langfristig auch als Friedwald genutzt werden.

Die landschaftsplanerischen Belange bezüglich der Umweltfaktoren Boden, Grundwasser, Klima und Artenschutz sind in Teil B Umweltbericht behandelt.

## **A 7. Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange**

Durch die im Gebiet geplante Bebauung und Flächenversiegelung ist mit Umweltauswirkungen zu rechnen, wie Verlust von Böden mit hoher Lebensraum- und Archivfunktion, Verringerung der Niederschlagswasserversickerung und der Kaltluftproduktion, Verlust von Lebensräumen für Flora und Fauna, Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes. Diese können im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung durch geeignete Festsetzungen (siehe B 2.3) minimiert, jedoch nicht vermieden werden.

Der zur Besiedlung vorgesehene Änderungsbereich ist durch einen Geländesprung zwischen der Dietesheimer Straße und dem nördlich angrenzenden etwa 4-5 m tiefer liegenden Gelände gekennzeichnet. Der Bereich wird landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt. Aufgrund der unmittelbaren Angrenzung an die Bundesstraße 43 wird der Geltungsbereich mit Verkehrslärm belastet. Zur Einschätzung der Verkehrslärmbelastung der geplanten Bebau-

ung wurde daher ein detailliertes Schallschutzgutachten erstellt. In den Bebauungsplan wurden entsprechende Auflagen zum passiven Schallschutz der Gebäude aufgenommen.

Mögliche Konflikte hinsichtlich einer Belastung des geplanten Wohngebiets durch betriebsbedingte Lärmemissionen des direkt nördlich des Änderungsgebiets A liegenden Gartenbaubetriebes sowie durch mögliche betriebsbedingte bauliche Vorhaben und Erweiterungsabsichten sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Ggf. sind entsprechende Festsetzungen und Maßnahmen (wie Maßnahmen zum Lärmschutz und ausreichender Abstandspuffer) vorzusehen.

Der nördliche tiefer liegende Teil des Geltungsbereiches liegt im festgestellten Überschwemmungsgebiet des Mains. Überflutungen bei extremen Hochwasserereignissen sind dort nicht auszuschließen. Im Bebauungsplan sind in dem Bereich Hausgärten festgesetzt. Kellergeschosse, die dort hineinragen, müssen laut Festsetzungen des Bebauungsplanes auf Stützen gebaut werden oder frei auskragen, so dass sie oberhalb des Wasserspiegels bei extremen Hochwasserereignissen liegen. Im Rahmen der Erarbeitung des Bebauungsplans haben mit der oberen und der unteren Wasserbehörde Abstimmungsgespräche stattgefunden, mit dem Ergebnis, dass die Planung mit Auflagen als genehmigungsfähig angesehen werden kann. Dem Hochwasserschutz wurde somit Rechnung getragen.

Seitens des Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie werden aufgrund der Untergrundbeschaffenheit bei geotechnischen Fragen im Zuge von weiteren Planungen oder Bauarbeiten aus ingenieurgeologischer Sicht objektbezogene Baugrunduntersuchungen und Gründungsgutachten gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durch ein Ingenieurbüro empfohlen sowie die Erstellung von Versickerungsgutachten gemäß Arbeitsblatt DWA-A 138, sofern eine Versickerung von Oberflächenwasser geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig ist.

Im Bereich der Dietesheimer Straße sind Bodendenkmäler (Römische Siedlung) bekannt. In der Planflächen A muss mit weiteren Funden gerechnet werden. Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies der hessenArchäologie oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Grundsätzlich sollte immer der Wiedernutzung bereits versiegelter oder anthropogen veränderter Flächen Vorrang eingeräumt werden vor einer Neuinanspruchnahme bislang anthropogen nicht überformter Böden. Der Verlust und die erhebliche Beeinträchtigung von Bodenfunktionen durch Überbauung mit Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen ist im Ballungsraum jedoch aufgrund des noch erfolgenden Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht vermeidbar. Im RPS/RegFNP 2010 sind zur Begrenzung des Flächenverbrauchs - u.a. basierend auf den Ergebnissen der Strategischen Umweltprüfung - sowohl eine entsprechende Flächenauswahl für die bauliche Entwicklung als auch freizuhaltende Flächen, die u.a. dem Bodenschutz dienen, dargestellt. Durch den vorgesehenen Flächentausch erfolgt keine darüber hinausgehende Bodeninanspruchnahme für Bauflächen.

Durch die Änderung in Gebiet B werden keine neuen Beeinträchtigungen von Umweltbelangen vorbereitet.

## **A 8. Darlegung der planerischen Erwägungen**

Die mit der vorliegenden Änderung vorgesehene Wohnbauflächenerweiterung kann hinsichtlich der Gesamtentwicklung in Mühlheim am Main wie folgt begründet werden: Die Stadt Mühlheim am Main hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre städtebauliche Entwicklung konsequent auf Innenentwicklung ausgerichtet und im Rahmen des Aufstellungsverfahrens

rens zum RPS/RegFNP 2010 auf gut zwei Drittel ihres Außenentwicklungspotenzials verzichtet.

Mit der aktuellen Planung wird das Ziel verfolgt, innerstädtische Baulücken zu schließen und Randlagen zu arrondieren, um die Ortslage geschlossen zu halten und ortsnahe Freiräume zu erhalten. Mit der geplanten Arrondierung bietet sich die Möglichkeit, die Nachfrage nach attraktivem Wohnraum zentrumsnah mit bereits vorhandener Erschließung zu befriedigen.

Eine alternative größere Wohnbaupotenzialfläche in Mühlheim am Main ist der Bereich Augenwald, für den sich aktuell keine bauliche Entwicklung abzeichnet. Im Zusammenhang mit dem Erfordernis eines Flächenausgleiches für neu in Anspruch genommene Flächen wird gemäß den Ausführungen im Änderungsantrag der Stadt Mühlheim am Main und der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 81 eine geplante Wohnbaufläche (Gebiet B) von ca. 2,1 ha südlich entlang der Lämmerspieler Straße im Bereich des Augenwaldgebietes in "Fläche für die Landbewirtschaftung" umgewidmet.

## **B: Umweltbericht**

### **B 1. Einleitung**

#### **B 1.1 Inhalt und wichtigste Ziele der Änderung**

Die Stadt Mühlheim plant entlang der Nordseite der Dietesheimer Straße die Entwicklung einer Bauzeile, die sich an der Bebauung der Südseite der Straße orientiert. Der entsprechende Bebauungsplan (Nr. 81 - Nördlich der Dietesheimer Straße) weicht von den Darstellungen des RPS/RegFNP 2010 ab. Damit er als entwickelt angesehen werden kann, ist es erforderlich im Gebiet A die bisherige Darstellung als "Fläche für die Landbewirtschaftung" mit "Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen" und "Vorranggebiet Regionaler Grünzug" in "Wohnbaufläche, geplant" zu ändern.

Im Rahmen des Flächenausgleiches wird ein entsprechender Teil der dargestellten Wohnbaufläche im Bereich des Augenwaldes (Gebiet B) in "Fläche für die Landbewirtschaftung" geändert.

#### **B 1.2 Umweltschutzziele der Fachgesetze und Fachpläne**

Die folgenden Ziele von Fachgesetzen und Fachplänen sind zu beachten:

**BNatSchG § 1 Abs. 1 + 5, HAItIBodSchG § 1, WHG § 6 Abs. 1 Nr. 6, BImSchG § 1, BBodSchG § 1, HDSchG § 1, BauGB § 1 Abs. 6**

Sie lauten:

**BNatSchG:** Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege

Die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege ergeben sich aus § 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542). Sie lauten auszugsweise:

"(1) Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass

1. die biologische Vielfalt,
  2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie
  3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz).
- (5) Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren. Die erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im beplanten und unbeplanten Innenbereich, soweit sie nicht für Grünflächen vorgesehen sind, hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich. Verkehrswege, Energieleitungen und ähnliche Vorhaben sollen landschaftsgerecht geführt, gestaltet und so gebündelt werden, dass die Zerschneidung und die Inanspruchnahme der Landschaft sowie Beeinträchtigungen des Naturhaushalts vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden. ..."

**HAItIBodSchG:** Hessisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Altlastensanierung (Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz) vom 28. Sept. 2007  
**§ 1 Ziele des Bodenschutzes**

Die Funktionen des Bodens sind auf der Grundlage des Bundes-Bodenschutzgesetzes vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2004

(BGBl. I S. 3214), dieses Gesetzes sowie der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen nachhaltig zu sichern oder wiederherzustellen. Dies beinhaltet insbesondere

1. die Vorsorge gegen das Entstehen schadstoffbedingter schädlicher Bodenveränderungen,
2. den Schutz der Böden vor Erosion, Verdichtung und vor anderen nachteiligen Einwirkungen auf die Bodenstruktur,
3. einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden, unter anderem durch Begrenzung der Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß,
4. die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten sowie hierdurch verursachten Gewässerverunreinigungen.

**WHG:** Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) - Wasserhaushaltsgesetz

#### **§ 6 Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung**

(1) Nr. 6: Die Gewässer sind nachhaltig zu bewirtschaften, insbesondere mit dem Ziel, an oberirdischen Gewässern so weit wie möglich natürliche und schadlose Abflussverhältnisse zu gewährleisten und insbesondere durch Rückhaltung des Wassers in der Fläche der Entstehung von nachteiligen Hochwasserfolgen vorzubeugen.

**BImSchG:** Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge  
(Bundes- Immissionsschutzgesetz)

#### **§ 1 Zweck des Gesetzes**

(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.

**BBodSchG:** Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten

#### **§ 1 Zweck und Grundsätze des Gesetzes**

Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.

**HDSchG:** Hessisches Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler

#### **§ 1 Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege**

(1) Es ist Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege, die Kulturdenkmäler als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu schützen und zu erhalten sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und Landschaftspflege einbezogen werden.

**BauGB:** Baugesetzbuch

#### **§ 1 Abs. 6**

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen:

1. die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung, ...
5. die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes, ...
7. die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere
  - a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und

- das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,
- b) die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,
  - c) umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
  - d) umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter,
  - e) die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern,
  - f) die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,
  - g) die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts,
  - h) die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,
  - i) die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a, c und d.

## **B 2. Umweltauswirkungen der Änderung**

### **B 2.1 Bestandsaufnahme**

Zur Zeit befinden sich im Gebiet A noch einzelne Kleingärten mit illegalen Gartenhütten und baulichen Anlagen sowie der typischen Bepflanzung. Auf der übrigen Fläche besteht eine kleinteilige Nutzungsmischung aus Grünflächen, Grünland, Weiden, Gehölzen, Äckern sowie Brombeergebüsch.

Direkt nördlich an das Gebiet A angrenzend befindet sich ein Gartenbaubetrieb.

Der nördliche Teil des Änderungsbereiches liegt im Überschwemmungsgebiet des Mains und im Überflutungsbereich eines statistisch einmal in 100 Jahren auftretenden Hochwassers (HQ 100).

Im nördlichen Bereich sind Böden mit hoher Lebensraumfunktion, und zwar mit hohem Biotopentwicklungspotenzial (Ackerstandort mit pot. Auendynamik und Grundwassereinfluss im Unterboden) bis sehr hohem Biotopentwicklungspotenzial (Grünlandstandort mit pot. Auendynamik und Grundwassereinfluss im Unterboden) vorhanden. Die Angaben zum Boden basieren auf den Digitalen Bodendaten 1:50.000 des Hessischen Landesamtes für Geologie (HLUG) einschließlich zugehöriger Bewertungsmethoden.

Nach der Geologischen Karte von Hessen 1: 25.000 baut sich der Untergrund des Gebiets A aus z.T. stark setzungsfähigen Bestandteilen auf (stark bindige Hochflutsedimenten/sandige, tonige Schluffe, quartäre Niederterrassensedimenten, Ablagerungen des Tertiärs). Zudem ist gemäß Aussage des Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie mit Auffüllungen und Abgrabungen der vorangegangenen Nutzung ist zu rechnen.

Die Fläche hat eine hohe Relevanz für den Kaltlufthaushalt (klimawirksame Fläche mit sehr hoher Bedeutung) und weist eine hohe Wärmebelastung (Bioklima) und eine sehr hohe Luftschadstoffbelastung (Stickstoffdioxid-Konzentration > 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittel) auf.

Weitere Schutzgebiete sind nicht betroffen.

Das Plangebiet in seiner Ganzheit ist als bedeutender unzerschnittener Freiraum anzusehen.

Nördlich des Gebietes verlaufen entlang des Mains der Mainradweg und der Regionalparkweg. Der Fernradweg R3 und die Regionalpark Rundroute führen nördlich des Mains entlang.

Der südliche Teil des Änderungsbereiches wird durch Straßenverkehrslärm beeinflusst.

Gebiet B wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt und ist zum Teil mit landwirtschaftlichen Gebäuden bebaut und durch Zufahrten, Stellplätze etc. befestigt.

Informationen zur Tierwelt liegen nicht vor.

Durch die im Norden angrenzend verlaufende Lämmerspieler Straße und die Bahntrasse ist die Fläche von Straßen- und Bahnverkehrslärm betroffen.

## **B 2.2 Prognose und Bewertung**

### **Auswirkungen der bisherigen Planung**

Die bisherige Planung sah für Gebiet A eine landwirtschaftliche Nutzung ("Fläche für die Landbewirtschaftung") vor. Zur Zeit befinden sich im Änderungsbereich noch einzelne Kleingärten mit illegalen Gartenhütten und baulichen Anlagen sowie der typischen Bepflanzung, Grünflächen, Grünland, Weiden, Gehölzen, Äckern sowie Brombeergebüsch infolge der Aufgabe von Gärten mit den entsprechenden Funktionen für den Naturhaushalt und das Klima. Die bisherige Darstellung verhindert eine Bebauung und Versiegelung der Flächen, sodass dadurch keine neuen Umweltbeeinträchtigungen vorbereitet werden.

Als bisherige Planung ist im RPS/RegFNP 2010 für das Gebiet B geplante Wohnbaufläche dargestellt.

Durch die geplante Bebauung werden Umweltbeeinträchtigungen wie Versiegelung von Flächen, Verringerung der Niederschlagswasserversickerung und der Kaltluftproduktion sowie Verlust von Lebensräumen vorbereitet.

### **Auswirkungen der Planänderung**

Aufgrund der geplanten Änderungen im Gebiet A ist mit Umweltauswirkungen wie Versiegelung von Flächen, Verlust von Böden mit hoher Lebensraum- und Archivfunktion, Verringerung der Niederschlagswasserversickerung und der Kaltluftproduktion, Verlust von Lebensräumen für Flora und Fauna, Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes zu rechnen.

Gebiet A:

Die im Plangebiet vorhandenen Vegetationsstrukturen (Grünflächen, Äcker, Gehölze, Gebüsche) werden vollständig beseitigt werden. Damit gehen auch Lebensräume für die Tierwelt verloren. Böden mit hoher Lebensraum- und/oder Archivfunktion werden versiegelt. Die Versickerungsmöglichkeit für Oberflächenwasser und die Grundwasserneubildung wird verringert und die klimabedeutsame Funktion der Fläche wird verändert.

Ob Lebensräume von Arten beeinträchtigt werden, die dem Artenschutzrecht unterliegen, ist im weiteren Planverfahren zu klären.

Die Wohnbauten werden als massive Baukörper das Stadtrand- und Landschaftsbild verändern, was jedoch aufgrund der ähnlichen Umgebungsbebauung südlich der Dietesheimer Straße und östlich der Planfläche nicht als erheblich eingestuft wird. Dem Hochwasserschutz ist durch bauliche Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Von dem nördlich an das Gebiet A angrenzenden Gartenbaubetrieb können Lärmemissionen durch laufende Pumpen (ggf. auch nachts und an Wochenenden) und den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, zu Mäharbeiten etc. ausgehen, die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft führen können.

Gebiet B:

Durch die geplante Änderung wird der Erhalt der weitgehend un bebauten Fläche sichergestellt und somit sind keine negativen Umweltauswirkungen zu erwarten.

## **FFH-Verträglichkeitsprüfung**

Gemäß § 34 Bundesnaturschutzgesetz sind Pläne und Projekte vor ihrer Zulassung auf ihre Verträglichkeit mit den Entwicklungs- und Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten zu prüfen. In den maßgeblichen Gesetzen ist festgelegt, dass Flächennutzungspläne zu den zu prüfenden Plänen zählen. Natura 2000-Gebiete sind Gebiete nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie oder der Europäischen Vogelschutzrichtlinie.

Im Scoping-Verfahren zum RPS/RegFNP 2010 des Regionalverbandes wurde festgelegt, dass geplante Bauflächen innerhalb eines 1000 m-Radius um Natura 2000-Gebiete einer FFH-Prognose zu unterziehen sind, geplante Grünflächen (bis auf Sport) in einem 200 m-Radius.

Das Plangebiet A liegt innerhalb der 1000 m-Wirkzone des FFH-Gebietes "Donsenhard bei Mühlheim, Mainaue bei Schleuse Kesselstadt". Des Weiteren liegt es im 1000 m-Wirkradius des Vogelschutzgebietes "Main bei Mühlheim und NSG Rumpenheimer und Bürgeler Kiesgruben". Aufgrund der Distanzen zu den Schutzgebieten und der Lage des Plangebietes im Siedlungszusammenhang wird die Planung als unproblematisch eingestuft. Im jetzigen Verfahrensschritt wird daher keine FFH-Vorprüfung durchgeführt.

### **B 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich**

Die durch die Planung zu erwartenden Umweltauswirkungen im Bereich Boden, Grundwasser, Kleinklima, Flora und Fauna und Landschaftsbild sind durch entsprechende Festsetzungen und Maßnahmen im Rahmen der konkretisierenden Planung weitgehend zu minimieren, so dass keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen durch die vorgesehene Änderung entstehen.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung und Bauplanung sollten Maßnahmen, die den o.g. Umweltauswirkungen entgegen wirken, vorgesehen werden wie:

- Minimierung der Neuversiegelung
- Begrenzung der überbaubaren Grundstücksfläche
- Einsatz wasserdurchlässiger Baustoffe- oder Bauteile oder entsprechender Bauverfahren
- Festsetzungen zum flächensparenden Bauen
- Festsetzungen zur Wasserdurchlässigkeit von Grundstücksteilen
- Maßnahmen zur Regenwasserbewirtschaftung
- Rückführung von Niederschlagswasser in den Wasserkreislauf
- Retention von Niederschlagswassers durch Dachbegrünung und Grünflächen
- Begrünung der Grundstücksfreiflächen und Straßen, Festsetzung von Vegetationsflächen
- Gehölzpflanzungen zur Eingrünung, Fassaden- und Dachbegrünungen
- Festsetzung von Maßnahmenflächen und Ausgleichsflächen
- Rodung von Gehölzen außerhalb der Brutsaison von Vögeln
- Maßnahmen wie die Ausrichtung von zu errichtenden Gebäuden im Sinne eines ungestörten Kaltluftabflusses
- Hochwasserschutz durch entsprechende Bauvorsorge
- Maßnahmen des aktiven und passiven Lärmschutzes
- Hinweis zum Schutz von ggf. auftretenden Bodendenkmälern
- Bodenschutzmaßnahmen:

Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen des Bodens und seiner natürlichen Funktionen sind gemäß Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes zu kompensieren. Der Regionale Flächennutzungsplan kann hierfür lediglich eine Rahmensetzung treffen - z.B. über die Darstellung der „Ökologisch bedeutsamen Flächennutzung“. Die konkrete Planung und Durchführung der Kompensationsmaßnahmen selbst ist im Zuge der Bauleitplanung bzw. der Fachplanung zu leisten. Dafür geeignet sind insbesondere Böden mit geringem

Funktionserfüllungsgrad, wobei zwischen Eingriff und Ausgleich kein räumlicher Zusammenhang bestehen muss. Zu den bevorzugten Maßnahmen zählen z.B. Entsiegelung, Rekultivierung von Abbaustätten, Altablagerungen usw., Abtrag von Aufschüttungen, Verfüllungen usw., Schadstoffbeseitigung, Bodenreinigung, Oberbodenauftrag, Bodenlockerung, erosionsmindernde Maßnahmen, Wiedervernässung ehemals nasser oder feuchter Standorte oder Aufwertung ackerbaulich bewirtschafteter Fläche durch Extensivierung.

- Identifizierung und Sicherung wertvoller, empfindlicher und / oder nicht benötigter Bodenflächen während der Bauphase
- Wiederherstellung baulich temporär genutzter Bodenflächen
- Fachgerechte Verwertung von Bodenaushub (getrennte Lagerung von Ober- und Unterboden, Vermeidung von Vernässung und Verdichtung, Wiedereinbau)
- Vermeidung stofflicher Belastungen des Bodens und des Grundwassers bei den Bauausführungen
- Erstellung objektbezogener Baugrunduntersuchungen und Gründungsgutachten gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durch ein Ingenieurbüro bei geotechnischen Fragen sowie von Versickerungsgutachten gemäß Arbeitsblatt DWA-A 138, sofern eine Versickerung von Oberflächenwasser geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig ist.
- Aufgrund der Vorhabensgröße wird die Durchführung einer bodenkundlichen Baubegleitung empfohlen.
- Schallschutzmaßnahmen wie lärmoptimierte Gebäudestellung und Grundrisse, Luftschalldämmung von Gebäudeteilen etc.

Durch die oben genannten Festsetzungen von Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sowie Pflanzgeboten auf der Bebauungsplanebene können die Eingriffe innerhalb des Gebiets A nur begrenzt ausgeglichen werden. Eine Kompensation durch naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist daher erforderlich. Ein entsprechender Ausgleich an Retentionsraum ist im Bebauungsplan innerhalb des Geltungsbereiches sowie im Mainvorland vorgesehen.

Um sicherzustellen, dass keine Bodendenkmäler beeinträchtigt und/oder zerstört werden, wurde ein entsprechender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen, dass bei Erdarbeiten ggf. auftretende Bodenfunde unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, hessen-Archäologie, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden und Funde und Fundstellen in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen sind.

## **B 2.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten**

Die Veränderung des Charakters der Dietesheimer Straße durch die Bebauung ist ein städtebauliches Ziel. Die wichtige Verbindungsstraße soll durch die beidseitige Bebauung einen eher städtischen Charakter erhalten. Der Standort grenzt an drei Seiten (Ost-, Süd- und Westseite) an die geschlossene Ortslage und eignet sich daher gut für eine wohnbauliche Arrondierung. Mit der geplanten Arrondierung bietet sich die Möglichkeit, die Nachfrage nach attraktivem Wohnraum zentrumsnah mit bereits vorhandener Erschließung und guter Anbindung an den ÖPNV zu befriedigen. Alternative Standorte sind im Hinblick auf die städtebauliche Zielsetzung und der Eignung der Fläche aufgrund der zentralen Lage, der vorhandenen Erschließung und der Attraktivität des Standortes nicht vorhanden.

## **B 3. Zusätzliche Angaben**

### **B 3.1 Prüfverfahren**

Das verwendete Prüfverfahren ist in Umfang, Detaillierungsgrad und Methodik identisch mit den in Kapitel 3.1 des Umweltberichtes zum RPS/RegFNP 2010 beschriebenen Prüfverfahren.

ren. Zur Anwendung kommen insbesondere die darin beschriebenen Teilverfahren zur Prüfung von Einzelflächen (Einzelprüfung) und zur Prognose der Natura 2000-Verträglichkeit. Dabei sind keine Probleme mit technischen Verwaltungsvorschriften (z.B. TA Lärm, TA Luft) oder anerkannten Regelwerken der Technik (z.B. DIN 18005 Teil I, Schallschutz im Städtebau) aufgetreten.

Für die Einzelprüfung wurde ein auf dem Programm ArcMap (GIS) beruhendes Abfrage-, Dokumentations- und Erstbewertungsinstrumentarium entwickelt, mit dem alle relevanten Umweltbelange ermittelt und in die weiter eingrenzende, verbal-argumentative Bewertung eingebracht werden können. Die Einzelprüfung bezieht sich auf geplante Einzelvorhaben bzw. auf die geplante Änderung des RPS/RegFNP 2010.

Insgesamt werden die Auswirkungen der Planung auf sieben verschiedene Schutzgüter (Gesundheit des Menschen/Bevölkerung, Tiere und Pflanzen/Biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) sowie Wechselwirkungen und 42 meist gebietsbezogene Umweltthemen untersucht. Hierzu zählen sowohl Gebiete hoher Umweltqualität, die negativ oder positiv beeinflusst werden können, als auch Vorbelastungen, die die Planung selbst beeinträchtigen können. Ein Teil dieser Umweltthemen ist zusätzlich mit starken rechtlichen Bindungen belegt, die sich für bestimmte Planungen als Restriktion erweisen können. Für einzelne Umweltthemen wurden darüber hinaus so genannte „Erheblichkeitsschwellen“ definiert, bei deren Überschreiten mit voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist.

Die Prüfung der Natura 2000-Verträglichkeit wird auf die erste Verfahrensstufe, die Prognose, begrenzt. In der Prognose erfolgt eine überschlägige Bewertung, ob erhebliche Beeinträchtigungen der Entwicklungs- und Erhaltungsziele eines Natura-2000 Gebietes oder seiner maßgeblichen Bestandteile durch die Planung offensichtlich auszuschließen sind. Die Prognose ist auf die Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung ausgerichtet. Diese gibt nur die Grundzüge der angestrebten Bodennutzung wieder. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ist eine weitere Prognose anhand der dann konkretisierten Planungsziele durchzuführen.

### **B 3.2 Geplante Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)**

Das Konzept zum Monitoring ist Bestandteil des Umweltberichtes des RPS/RegFNP 2010. Die Bauämter der Gemeinden werden gebeten, jährlich zu der Umsetzung der RPS/RegFNP-Änderung, insbesondere bei wesentlichen Abweichungen zur Beschlusslage oder erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu berichten. Der Regionalverband FrankfurtRheinMain behält sich vor, fallweise aufgrund solcher Berichte die betroffenen Träger öffentlicher Belange anzuhören.

### **B 3.3 Zusammenfassung**

Aufgrund des überschaubaren Verfahrens ist eine Zusammenfassung entbehrlich.

### **B 3.4 Datenblatt PlanUP**

Die Datenblätter bilden die Datengrundlage für den vorliegenden Umweltbericht und können beim Regionalverband FrankfurtRheinMain eingesehen werden.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01000**

**Dokument vom: 28.01.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02384**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Aus rohstoffgeologischer und hydrogeologischer Sicht des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie bestehen keine Einwände gegen das Planvorhaben. Die Belange des Bodenschutzes werden durch die Obere Bodenschutzbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt vertreten.

Nach der Geologischen Karte von Hessen 1: 25.000 baut sich der Untergrund des Plangebiets „A“ aus bindigen Hochflutsedimenten (sandige, tonige Schluffe) mit nicht im Detail bekannter Mächtigkeit auf. Unter weiteren quartären Niederterrassensedimenten von Main bzw. Kinzig folgen Ablagerungen des Tertiärs. Mit Auffüllungen und Abgrabungen der vorangegangenen Nutzung ist zu rechnen. Die bindigen Hochflutsedimente können stark setzungsfähig sein. Bei geotechnischen Fragen im Zuge von weiteren Planungen oder Bauarbeiten (z.B. zum genauen Untergrundaufbau, zu Bodenkenwerten, zur Wahl des Gründungshorizonts, zu Grundwasserverhältnissen, zur Stabilität des Geländesprungs, zur Sicherung von Baugruben, etc.) werden aus ingenieurgeologischer Sicht objektbezogene Baugrunduntersuchungen und Gründungsgutachten gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durch ein Ingenieurbüro empfohlen.

Auf die Hochwassergefährdung wird in der Begründung zur FNP-Änderung unter Ziffer A7 bereits hingewiesen. Gegebenenfalls sind Grundwasserstände bauwerksrelevant. Sofern eine Versickerung von Oberflächenwasser geplant, bzw. wasserwirtschaftlich zulässig ist, wird die Erstellung von Versickerungsgutachten gemäß Arbeitsblatt DWA-A 138 empfohlen.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Begründung:**

Die Hinweise sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, Bauplanung und Bauausführung zu beachten. In der Begründung und im Umweltbericht werden unter Punkt A 7 und B 2 entsprechende Hinweise ergänzt:  
A 7 Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange: Seitens des Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie werden aufgrund der Untergrundbeschaffenheit bei geotechnischen Fragen im Zuge von weiteren Planungen oder Bauarbeiten aus ingenieurgeologischer Sicht objektbezogene Baugrunduntersuchungen und Gründungsgutachten gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durch ein Ingenieurbüro empfohlen sowie die Erstellung von Versickerungsgutachten gemäß Arbeitsblatt DWA-A 138, sofern eine Versickerung von Oberflächenwasser geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig ist.

**B 2.1 Bestandsaufnahme:**

Nach der Geologischen Karte von Hessen 1: 25.000 baut sich der Untergrund des Gebiets A aus z.T. stark setzungsfähigen Bestandteilen auf (stark bindige Hochflutsedimenten/sandige, tonige Schluffe, quartäre Niederterrassensedimenten, Ablagerungen des Tertiärs). Zudem ist gemäß Aussage des Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie mit Auffüllungen und Abgrabungen der vorangegangenen Nutzung ist zu rechnen.

**B 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich:**

Erstellung objektbezogener Baugrunduntersuchungen und Gründungsgutachten gemäß DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durch ein Ingenieurbüro bei geotechnischen Fragen sowie von Versickerungsgutachten gemäß Arbeitsblatt DWA-A 138, sofern eine Versickerung von Oberflächenwasser geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig ist.

**Änderungsbedarf:**  
Texte/Erläuterung der Planung  
Texte/Umweltbericht

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Hochtaunuskreises**  
**Fachbereich Ländlicher Raum**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01017**

**Dokument vom: 23.01.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02362**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Landwirtschaftliche Hinweise, Anregungen und Bedenken

Gebiet A: Nördlich der Dietesheimer Straße

Landwirtschaftliche Belange sind bei dem Änderungsverfahren weniger durch den planerischen als auch im Bestand entstehenden landwirtschaftlichen Flächenverlust zu formulieren. Vielmehr ist auf einen landwirtschaftlichen Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung im Sinne des § 201 BauGB zu verweisen, der direkt nördlich an das Gebiet A angrenzt. Der Gartenbaubetrieb ist nach hiesigem Kenntnisstand seit den 20' er Jahren des letzten Jahrhunderts an dem Standort ansässig. Ein größerer Ausbau erfolgte in den 70' er Jahren, wobei 1988 noch ein Verkaufsgewächshaus errichtet wurde. Es handelt sich um einen entwicklungsfähigen Betrieb mit gesicherter Hofnachfolge. Planerisch findet der Gartenbaubetrieb noch im alten Flächennutzungsplan und in der Entwicklungskarte zum Landschaftsplan entsprechende Berücksichtigung, hier durch die Darstellung als Erwerbsgartenbaufläche.

In der Begründung zu der 1. Änderung des RPS/RegFNP für die Stadt Mühlheim am Main, findet der Gartenbaubetrieb bisher nur in einem Nebensatz Berücksichtigung, hier unter Kapitel A 6. Landschaftsplanerische Aspekte (Seite 12, 2. Absatz). Da der Gartenbaubetrieb direkt an den Änderungsbereich des Gebietes A anschließt, sollte dieser in der Bestandsbeschreibung der Begründung und des Umweltberichtes eine stärkere Berücksichtigung finden. Dies vor dem Hintergrund, als das durch die RPS/RegFNP-Änderung zu Wohnbaufläche, geplant, als auch durch die Festsetzung als WA-Gebiet gem. § 4 BauNVO im Bebauungsplan Nr. 81 der Stadt Mühlheim am Main, die „klassische Situation“ des Heranrückens von Wohnbebauung an einen landwirtschaftlichen Betrieb planerisch vorbereitet wird. Konflikte durch die heranrückende Wohnbebauung sind insoweit nicht auszuschließen. Im Rahmen des Gebotes der planerischen Konfliktbewältigung, sind diese bei der weiteren Planaufstellung im laufenden Bebauungsplanverfahren Nr. 81 der Stadt Mühlheim am Main abzuarbeiten. Dies betrifft vor allem typischerweise von Gartenbaubetrieben ausgehende Lärmemissionen, wie laufende Pumpen (ggf. auch Nachts und an Wochenenden), den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, Mäharbeiten etc., die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft zu dem Gartenbaubetrieb führen können. Aufgrund des bestehenden Bestandsschutzes des Gartenbaubetriebes an dem Standort, ist zu fordern, dass durch die Planung zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gartenbaubetrieb, hier insbesondere betriebsdienende bauliche Vorhaben im Sinne des § 35 (1) 2 BauGB i. V. m. § 201 BauGB, keine Einschränkungen erfahren.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Begründung:**

Die Begründung und der Umweltbericht werden unter den Punkten A 7 und B 2 um folgende Hinweise ergänzt:  
A 7 Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange:

Mögliche Konflikte hinsichtlich einer Belastung des geplanten Wohngebiets durch betriebsbedingte Lärmemissionen des direkt nördlich des Änderungsgebiets A liegenden Gartenbaubetriebes sowie durch mögliche betriebsbedingte bauliche Vorhaben und Erweiterungsabsichten sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Ggf. sind entsprechende Festsetzungen und Maßnahmen (wie Maßnahmen zum Lärmschutz und ausreichender Abstandspuffer) vorzusehen.

**B 2.1 Bestandsaufnahme:**

Direkt nördlich an das Gebiet A angrenzend befindet sich ein Gartenbaubetrieb.

**B 2.2 Auswirkungen der Planänderung:**

Von dem nördlich an das Gebiet A angrenzenden Gartenbaubetrieb können Lärmemissionen durch laufende Pumpen (ggf. auch nachts und an Wochenenden) und den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, zu Mäharbeiten etc. ausgehen, die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft führen können.

**B 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich:**

Schallschutzmaßnahmen wie lärmoptimierte Gebäudestellung und Grundrisse, Luftschalldämmung von Gebäudeteilen etc.

**Änderungsbedarf:**

Texte/Erläuterung der Planung

Texte/Umweltbericht

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1  
Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: DB Services Immobilien GmbH Niederlassung  
Frankfurt  
Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01018**

**Dokument vom: 02.02.2015  
Dokument-Nr.: S-02395**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

**Gebiet B**

Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen bei Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Bedingungen und Hinweise aus Sicht der Deutschen Bahn AG und Ihrer Konzernunternehmen keine grundsätzlichen Bedenken. Gemäß der Darstellung im Lageplan reicht der Geltungsbereich der o. g. Bauleitplanung bis an die Bahntrasse heran. Innerhalb des Bereiches befinden sich auch Flächen der DB Netz AG. Bei den überplanten Flächen handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG). Die Überplanung von Bahngrund durch eine andere Fachplanung ist bis zu einer Freistellung der Fläche von Bahnflächen durch das EBA unzulässig (BVerwG, Urteil vom 12.08.08, Az. 9 A 3.06). Wir bitten daher, diese Flächen aus dem Geltungsbereich herauszunehmen.

**Immissionen**

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.).

**Behandlung:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Im Gebiet B wird der nördliche Teil der bisher geplanten und zum Teil an die Bahn angrenzenden Wohnbaufläche im Rahmen des Flächenausgleichs zugunsten der Beibehaltung der derzeitigen Landwirtschaft aufgegeben, so dass durch die vorliegende Änderung keine Überplanung von Eisenbahnbetriebsgelände erfolgt. Der Hinweis auf Immissionen ist für die Beibehaltung der derzeitigen Nutzung nicht von Belang.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1  
Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

Stellungnehmer: IHK Offenbach am Main  
Gruppe: TöB

001\_MUEH\_B-01019

Dokument vom: 29.01.2015  
Dokument-Nr.: S-02382

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag werden die baurechtlichen Grundlagen für eine sinnvolle Innenentwicklung geschaffen. Wir möchten bezugnehmend auf unsere Stellungnahme zum entsprechenden Vorentwurf des Bebauungsplans 81 jedoch anregen, die Ausweisung von MI (Mischgebiet) für das Baugebiet zu wählen.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Begründung:**

Die Darstellung als Wohnbaufläche entspricht dem Planungsziel der Stadt Mühlheim. Diese beabsichtigt ein allgemeines Wohngebiet als Fortsetzung der östlich angrenzenden Wohnbebauung zu entwickeln.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1  
Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement  
Darmstadt  
Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01020**

**Dokument vom: 04.02.2015  
Dokument-Nr.: S-02397**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Bitte berücksichtigen Sie die verkehrlichen Auswirkungen der Regionalplanänderungen bei der Aufstellung des sich im Parallelverfahren befindlichen Bebauungsplan Nr. 81 - Nördlich der Dietesheimer Straße. Im Gebiet B ist in jedem Fall die Bauverbotszone einzuhalten, sofern in diesem Bereich Hochbauten, etc. gemäß § 23 HStrG angedacht sind. Eventuelle Anschlüsse an die klassifizierte Straßen in beiden Gebieten sind frühzeitig mit Hessen Mobil abzustimmen und in den jeweiligen Bebauungsplanverfahren abzuarbeiten.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

**Begründung:**

Die Hinweise zu Gebiet A sind in dem parallel zum vorliegenden Änderungsverfahren laufenden Bebauungsplan-Verfahren zu beachten.

Entsprechende Aussagen werden unter Punkt A 5 der Begründung ergänzt:

Eine detaillierte Ausarbeitung des Erschließungskonzeptes sowie die daraus resultierenden verkehrlichen Auswirkungen sind im Rahmen des parallelen Bebauungsplanverfahrens vorzunehmen, zu überprüfen und mit der zuständigen Fachbehörde abzustimmen.

Im Gebiet B wird der nördliche Teil der bisher geplanten Wohnbaufläche im Rahmen des Flächenausgleichs zugunsten der Beibehaltung der derzeitigen Landwirtschaft aufgegeben, so dass im Rahmen der vorliegenden Änderung nicht von angedachten Hochbauten im Nahbereich der Lämmerspieler Straße oder von einem eventuellen Anschluss an diese klassifizierte Straße (L 3064) auszugehen ist.

**Änderungsbedarf:**

Texte/Erläuterung der Planung

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Regierungspräsidium Darmstadt III 31.2**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01027**

**Dokument vom: 11.02.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02415**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Gegen die geplante Änderung besteht aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken. Die Teilfläche A beinhaltet die Änderung einer 2,1 ha großen „Fläche für die Landbewirtschaftung“ mit „Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktionen“ und teilweise „Vorranggebiet Regionaler Grünzug“ in „Wohnbaufläche, geplant“. Die geplante Änderung verfolgt das Ziel, innerstädtische Baulücken zu schließen und Randlagen zu arrondieren. Da die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsgrenze liegt, werden regionalplanerische Bedenken zurückgestellt. Gegen die Rücknahme der ebenfalls 2,1 ha großen Teilfläche B von „Wohnbaufläche, geplant“ zugunsten einer „Fläche für die Landbewirtschaftung“ bestehen ebenfalls keine Bedenken aus regionalplanerischer Sicht.

**Behandlung:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Die Stellungnahme bestätigt die Aussagen in der Begründung.  
Die Aussagen zur Innenentwicklung sind unter Punkt A 8 Darlegungen der planerischen Erwägungen ausgeführt.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Regierungspräsidium Darmstadt III 31.2**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01028**

**Dokument vom: 11.02.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02415**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Stellungnahme aus Sicht der Belange Landwirtschaft/Feldflur:

Zu Gebiet A: Nördlich der Dietesheimer Straße

In dem Zusammenhang möchte ich auf einen landwirtschaftlichen Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung im Sinne des § 201 BauGB hinweisen, der direkt nördlich an das Gebiet A angrenzt. Der Gartenbaubetrieb ist nach meinem Kenntnisstand seit mehreren Jahren an dem Standort ansässig. Ein größerer Ausbau erfolgte in den 70' er Jahren, wobei 1988 noch ein Verkaufsgewächshaus errichtet wurde. Es handelt sich um einen entwicklungsfähigen Betrieb mit gesicherter Hofnachfolge. Da der Gartenbaubetrieb direkt an den Änderungsbereich des Gebietes A anschließt, sollte dieser in der Bestandsbeschreibung der Begründung und des Umweltberichtes eine stärkere Berücksichtigung finden. Dies vor dem Hintergrund, dass durch die RPS/RegFNP-Änderung zur „Wohnbaufläche, geplant“ als auch durch die Festsetzung als WA-Gebiet gem. § 4 BauNVO im Bebauungsplan Nr. 81 der Stadt Mühlheim am Main, die „klassische Situation“ des Heranrückens von Wohnbebauung an einen landwirtschaftlichen Betrieb planerisch vorbereitet wird. Konflikte durch die heranrückende Wohnbebauung sind insoweit nicht auszuschließen.

Im Rahmen des Gebotes der planerischen Konfliktbewältigung, sind diese bei der weiteren Planaufstellung im laufenden Bebauungsplanverfahren der Stadt Mühlheim am Main abzuarbeiten. Dies betrifft vor allem typischerweise von Gartenbaubetrieben ausgehende Lärmemissionen, wie laufende Pumpen (ggf. auch Nachts und an Wochenenden), den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, Mäharbeiten etc., die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft zu dem Gartenbaubetrieb führen können. Aufgrund des bestehenden Bestandsschutzes des Gartenbaubetriebes an diesem Standort, sollte gefordert werden, dass durch die Planung zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gartenbaubetrieb keine Einschränkungen erfahren, hier insbesondere betriebsdienende bauliche Vorhaben im Sinne des § 35 (1) 2 BauGB i. V. m. § 201 BauGB.

zu Gebiet B: Südlich der Lämmerspieler Straße

Zu der planerischen Änderung von ca. 2,1 ha Wohnbaufläche, geplant in Fläche für Landbewirtschaftung werden keine Anregungen vorgebracht. Dies entspricht dem derzeitigen Grundsatz des Regionalverbandes zum Flächenausgleich für neu in Anspruch genommen Flächen.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Begründung:**

Die Begründung und der Umweltbericht werden unter den Punkten A 7 und B 2 um folgende Hinweise ergänzt:

A 7 Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange:

Mögliche Konflikte hinsichtlich einer Belastung des geplanten Wohngebiets durch betriebsbedingte Lärmemissionen des direkt nördlich des Änderungsgebiets A liegenden Gartenbaubetriebes sowie durch mögliche betriebsbedingte bauliche Vorhaben und Erweiterungsabsichten sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Ggf. sind entsprechende Festsetzungen und Maßnahmen (wie Maßnahmen zum Lärmschutz und ausreichender Abstandspuffer) vorzusehen.

B 2.1 Bestandsaufnahme:

Direkt nördlich an das Gebiet A angrenzend befindet sich ein Gartenbaubetrieb.

**B 2.2 Auswirkungen der Planänderung:**

Von dem nördlich an das Gebiet A angrenzenden Gartenbaubetrieb können Lärmemissionen durch laufende Pumpen (ggf. auch nachts und an Wochenenden) und den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, zu Mäharbeiten etc. ausgehen, die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft führen können.

**B 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich:**

Schallschutzmaßnahmen wie lärmoptimierte Gebäudestellung und Grundrisse, Luftschalldämmung von Gebäudeteilen etc.

**Änderungsbedarf:**

Texte/Erläuterung der Planung

Texte/Umweltbericht

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Regierungspräsidium Darmstadt III 31.2**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01029**

**Dokument vom: 11.02.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02415**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Auch das Dezernat „Bodenschutz“ hat keine Einwände gegen die Änderung, führt jedoch aus:

**1. Nachsorgender Bodenschutz**

Aus der Altflächendatei ALTIS des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie ergeben sich für den Plangeltungsbereich keine Hinweise auf das Vorhandensein von Altflächen (Altstandorte, Altablagerungen), schädliche Bodenveränderungen und/oder Grundwasserschäden. Von meiner Seite bestehen somit nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bedenken gegen das o. a. Vorhaben.

Ich bitte, folgenden Hinweis in die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufzunehmen:

- Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Ergeben sich bei den Erdarbeiten Kenntnisse, die den Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung begründen, sind diese umgehend der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat IV/Da 41.5, Bodenschutz, mitzuteilen. Darüber hinaus ist ein Fachgutachter in Altlastenfragen hinzuzuziehen. Schädliche Bodenveränderungen im Sinne des § 2 Abs.3 Bundes-Bodenschutzgesetz sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen. Die Belange des Dezernates 41.5 sind in der Begründung zum Bebauungsplanentwurf hinreichend berücksichtigt.

**2. Vorsorgender Bodenschutz**

Nach Prüfung der Planunterlagen (Begründung zum Umweltbericht) wurden die Belange des vorsorgenden Bodenschutzes nur teilweise betrachtet und sind daher unter Zuhilfenahme der folgenden Punkte zu ergänzen.

Die Behandlung des Schutzguts Boden gliedert sich in Anlehnung an Anlage 1 BauGB in folgende Punkte, auf die im Umweltbericht einzugehen ist:

**1. Bodenziele (S.14)**

o Beschreibung der Ziele und Bodenschutzklausel im Umweltbericht

**2. Bestandsaufnahme Boden und Bodenfunktionen (S.16, wird ansatzweise betrachtet)**

o Es sollte eine Beschreibung und Bewertung der Bodenfunktionen (z. B. auf der Grundlage der Bodenfunktionsbewertung des Bodenviewers erfolgen.  
<http://bodenviewer.hessen.de/viewer.htm>)

**3. Vorbelastungen Boden**

o Prüfung des Planbereiches auf bekannte Bodenverunreinigungen (nachsorgender Bodenschutz)

**4. Zusammenfassende Bewertung Boden**

o Darlegung der Schlussfolgerung aus Bestandsaufnahme und Vorbelastungen

**5. Boden und Erheblichkeit des Eingriffes**

o Ableitung der Erheblichkeit im Umweltbericht aus Flächengröße, Tiefe des Eingriffes, dem bestehenden Funktionserfüllungsgrad und der zu erwartenden Funktionsminderung

**6. Auswirkungsprognose Boden bei Durchführung der Planung (S. 17)**

o Eine Gegenüberstellung der Durchführung und Nicht-Durchführung wird ansatzweise betrachtet.

o Erarbeitung einer Bilanzierung

o Ableitung des Kompensationsbedarfs

- 7. Vermeidung und Verringerung des Bodeneingriffes
  - o Beschreibung von Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs
  - o Vorrangige Inanspruchnahme von Böden mit geringerem Funktionserfüllungsgrad
- 8. Bodenausgleichsmaßnahmen
- 9. Planungsalternativen Boden
  - o Darstellung von Planungsalternativen
- 10. Methoden, Schwierigkeiten, Lücken - Boden
  - o Ggfs. Hinweise auf fehlende Datengrundlagen und Folgerungen
- 11. Monitoring Boden

Es sollten bodenbezogene Überwachungsmaßnahmen vorgesehen werden, da das Schutzgut Boden bei Durchführung der Planung erheblichen nachteiligen Wirkungen ausgesetzt ist.

- o Darstellung der Wirksamkeit der getroffenen Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Details zur Durchführung der Umweltprüfung aus Sicht des Schutzguts Boden finden sich in der im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erstellten „Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach BauGB in Hessen“. Diese Arbeitshilfe ist nebst kommentierten Prüfkatalogen und Auswertungskarten auf der Internetseite des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie einsehbar:  
<http://www.hlug.de/start/boden/planung.html>

#### **Behandlung:**

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

#### **Begründung:**

Der Hinweis zu den Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans (Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen) betrifft nicht die Ebene der regionalen Flächennutzungsplanung. Er ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung und bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zu beachten.

Im Rahmen seiner Dienstleistungen für Verbandsmitglieder erstellt der Regionalverband FrankfurtRhein Main generell eine Strategischen Umweltprüfung (SUP). Das automatisierte Verfahren zur Prüfung der Auswirkungen des Planungsvorhabens auf bestimmte Schutzgüter und ausgewählte Umweltthemen wenden wir auch bei einer Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans an.

Detaillierte Aussagen zu den Auswirkungen der Planung auf den Boden, zu Kompensationsmaßnahmen, zu detaillierten bodenschutzbezogenen Maßnahmen sowie zur bodenkundlichen Baubegleitung sind erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung möglich, da sie erst auf dieser Ebene anhand der vorgesehenen Festsetzungen konkreter abzuschätzen sind.

In der Begründung wird unter Punkt A 7 Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange folgender Text ergänzt: Grundsätzlich sollte immer der Wiedernutzung bereits versiegelter oder anthropogen veränderter Flächen Vorrang eingeräumt werden vor einer Neuinanspruchnahme bislang anthropogen nicht überformter Böden. Der Verlust und die erhebliche Beeinträchtigung von Bodenfunktionen durch Überbauung mit Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen ist im Ballungsraum jedoch aufgrund des noch erfolgenden Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht vermeidbar. Im RPS/RegFNP 2010 sind zur Begrenzung des Flächenverbrauchs - u.a. basierend auf den Ergebnissen der Strategischen Umweltprüfung - sowohl eine entsprechende Flächenauswahl für die bauliche Entwicklung als auch freizuhaltende Flächen, die u.a. dem Bodenschutz dienen, dargestellt. Durch den vorgesehenen Flächentausch erfolgt keine darüber hinausgehende Bodeninanspruchnahme für Bauflächen.

Im vorliegenden Fall wird für die geplante Wohnbaufläche auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche in vergleichbarer Größe eine bisher geplante Wohnbaufläche in Fläche für die Landbewirtschaftung mit gleichen Bodenqualitäten und -funktionen zurückgewidmet. Die vorliegende Änderung beinhaltet somit bereits eine Kompensation bzw. eine Standortalternative für die bisher planerisch abgestimmte Bauflächenentwicklung.

#### **Änderungsbedarf:**

Texte/Erläuterung der Planung  
Texte/Umweltbericht

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Kreis Offenbach Fachdienst  
64**

**001\_MUEH\_B-01030**

**Gruppe: TöB**

**Dokument vom: 09.02.2015  
Dokument-Nr.: S-02419**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Gebiet A: „Nördlich der Dietesheimer Str.“

Es wird angeregt, in Teilfläche A die Signatur „Vorranggebiet Regionaler Grünzug“ für die nördlich an das Plangebiet angrenzende „Fläche für die Landbewirtschaftung“ unverändert beizubehalten und nicht bis zum Kirchweg zurückzunehmen. Für diese Änderung ist keine Begründung im Textteil zu finden.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Begründung:**

Die Darstellung wird korrigiert, das "Vorranggebiet Regionaler Grünzug" wird an die "Wohnbaufläche, geplant" herangezogen.

**Änderungsbedarf:**

Abgrenzung Änderungsbereich/Hauptkarte

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Kreis Offenbach Fachdienst  
64**

**001\_MUEH\_B-01031**

**Gruppe: TöB**

**Dokument vom: 09.02.2015  
Dokument-Nr.: S-02419**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Gebiet A: „Nördlich der Dietesheimer Str.“

Es wird darauf hingewiesen, dass die im Vorentwurf des Bebauungsplanes für Teilfläche A angedachte Kompensationsmaßnahme „Friedwald“ seitens der Unteren Naturschutzbehörde mangels konkreter Konzeption derzeit noch kritisch gesehen wird und daher der erforderliche naturschutzfachliche Ausgleich für die Eingriffe im Baugebiet bislang als nicht in ausreichender Form realisierbar zu bewerten ist.

**Behandlung:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Der erforderliche naturschutzfachliche Ausgleich für die Eingriffe im Baugebiet ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu beachten. Ein realisierbares Konzept ist mit der zuständigen Fachbehörde im parallelen Bebauungsplanverfahren von der Stadt Mühlheim am Main zu erarbeiten.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Kreis Offenbach Fachdienst**

**001\_MUEH\_B-01032**

**64**

**Gruppe: TöB**

**Dokument vom: 09.02.2015**

**Dokument-Nr.: S-02419**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Gebiet A: „Nördlich der Dietesheimer Str.“

Auch die Vermeidungsmaßnahmen innerhalb des künftigen Baugebietes werden im aktuellen Entwurf noch nicht ausreichend ausgeschöpft. Begrüßt wird daher, dass der Umweltbericht unter Punkt B 2.3 u.a. „Gehölzpflanzungen zur Eingrünung, Fassaden- und Dachbegrünungen“ anregt. Ergänzt werden sollte die Aufzählung durch die Anregung einer landschaftsbildverträglichen Gebäudehöhe und -gestaltung zur Mainseite hin, durch die ein mauerartiger Ortsrand vermieden werden kann.

**Behandlung:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Der Hinweis zu einer landschaftsbildverträglichen Gebäudehöhe und -gestaltung zur Mainseite hin betrifft nicht die Ebene der regionalen Flächennutzungsplanung.  
Er ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung der Stadt Mühlheim am Main zu beachten.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Kreis Offenbach Fachdienst  
64**

**001\_MUEH\_B-01033**

**Gruppe: TöB**

**Dokument vom: 09.02.2015  
Dokument-Nr.: S-02419**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Gebiete B: "Südlich der Lämmerspieler Str."

Es wird angeregt, die Teilfläche B (Umwidmung "Wohnbaufläche geplant" in "Fläche für die Landbewirtschaftung") deutlich zu vergrößern, da in diesem Gebiet bereits eine umfangreiche (wohl auch größtenteils genehmigte) Außenbereichs-Wohnbebauung existiert, deren Umwidmung in "Fläche für die Landbewirtschaftung" keinen angemessenen Flächenausgleich für das neu auszuweisende Baugebiet am Main bedeutet.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

**Begründung:**

Der Regionalplan Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) hat den Maßstab 1:50.000 und ist nicht parzellenscharf. Die dort bestehende Wohnbebauung ist aufgrund ihrer geringen Größe daher nicht darstellbar. Desweiteren wird der Flächenausgleich für die neue Wohnbaufläche nördlich der Dietesheimer Straße aufgrund der Darstellungen im RPS/RegFNP 2010 vorgenommen, nicht anhand der Realnutzung. Zielsetzung für den Bereich südlich der Lämmerspieler Straße ist eine landwirtschaftliche Nutzung. Die vorhandenen Wohnbauten haben allerdings Bestandsschutz.

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Kreisausschuss des Hochtaunuskreises**  
**Fachbereich: Umwelt, Naturschutz**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01034**

**Dokument vom: 31.01.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02388**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Landwirtschaftliche Hinweise, Anregungen und Bedenken

Gebiet A: Nördlich der Dietesheimer Straße

Landwirtschaftliche Belange sind bei dem Änderungsverfahren weniger durch den planerischen als auch im Bestand entstehenden landwirtschaftlichen Flächenverlust zu formulieren. Vielmehr ist auf einen landwirtschaftlichen Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung im Sinne des § 201 BauGB zu verweisen, der direkt nördlich an das Gebiet A angrenzt. Der Gartenbaubetrieb ist nach hiesigem Kenntnisstand seit den 20'er Jahren des letzten Jahrhunderts an dem Standort ansässig. Ein größerer Ausbau erfolgte in den 70'er Jahren, wobei 1988 noch ein Verkaufsgewächshaus errichtet wurde. Es handelt sich um einen entwicklungsfähigen Betrieb mit gesicherter Hofnachfolge. Planerisch findet der Gartenbaubetrieb noch im alten Flächennutzungsplan und in der Entwicklungskarte zum Landschaftsplan entsprechende Berücksichtigung, hier durch die Darstellung als Etwerbsgartenbaufläche. In der Begründung zu der 1. Änderung des RPS/RegFNP für die Stadt Mühlheim am Main, findet der Gartenbaubetrieb bisher nur in einem Nebensatz Berücksichtigung, hier unter Kapitel A 6. Landschaftsplanerische Aspekte (Seite 12, 2. Absatz). Da der Gartenbaubetrieb direkt an den Änderungsbereich des Gebietes A anschließt, sollte dieser in der Bestandsbeschreibung der Begründung und des Umweltberichtes eine stärkere Berücksichtigung finden. Dies vor dem Hintergrund, als das durch die RPS/RegFNP-Änderung zu Wohnbaufläche, geplant, als auch durch die Festsetzung als WA-Gebiet gem. § 4 BauNVO im Bebauungsplan Nr. 81 der Stadt Mühlheim am Main, die „klassische Situation“ des Heranrückens von Wohnbebauung an einen landwirtschaftlichen Betrieb planerisch vorbereitet wird. Konflikte durch die heranrückende Wohnbebauung sind insoweit nicht auszuschließen. Im Rahmen des Gebotes der planerischen Konfliktbewältigung, sind diese bei der weiteren Planaufstellung im laufenden Bebauungsplanverfahren Nr. 81 der Stadt Mühlheim am Main abzarbeiten. Dies betrifft vor allem typischerweise von Gartenbaubetrieben ausgehende Lärmemissionen, wie laufende Pumpen (ggf. auch Nachts und an Wochenenden), den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, Mäharbeiten etc., die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft zu dem Gartenbaubetrieb führen können. Aufgrund des bestehenden Bestandsschutzes des Gartenbaubetriebes an dem Standort, ist zu fordern, dass durch die Planung zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gartenbaubetrieb, hier insbesondere betriebsdienende bauliche Vorhaben im Sinne des § 35 (1) 2 BauGB i. V. m. § 201 BauGB, keine Einschränkungen erfahren.

**Behandlung:**

Der Stellungnahme wird gefolgt.

**Begründung:**

Die Begründung und der Umweltbericht werden unter den Punkten A 7 und B 2 um folgende Hinweise ergänzt:  
A 7 Erklärung zur Berücksichtigung der Umweltbelange:  
Mögliche Konflikte hinsichtlich einer Belastung des geplanten Wohngebiets durch betriebsbedingte Lärmemissionen des direkt nördlich des Änderungsbereichs A liegenden Gartenbaubetriebes sowie durch mögliche betriebsbedingte bauliche Vorhaben und Erweiterungsabsichten sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Ggf. sind entsprechende Festsetzungen und Maßnahmen (wie Maßnahmen zum Lärmschutz und ausreichender Abstandspuffer) vorzusehen.  
B 2.1 Bestandsaufnahme:

Direkt nördlich an das Gebiet A angrenzend befindet sich ein Gartenbaubetrieb.

B 2.2 Auswirkungen der Planänderung:

Von dem nördlich an das Gebiet A angrenzenden Gartenbaubetrieb können Lärmemissionen durch laufende Pumpen (ggf. auch nachts und an Wochenenden) und den Einsatz von gartenbaulichen Maschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, zu Mäharbeiten etc. ausgehen, die zu Konflikten mit der zukünftigen Wohnnutzung in direkter Nachbarschaft führen können.

B 2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich:

Schallschutzmaßnahmen wie lärmoptimierte Gebäudestellung und Grundrisse, Luftschalldämmung von Gebäudeteilen etc.

**Änderungsbedarf:**

Texte/Erläuterung der Planung

Texte/Umweltbericht

**1. Änderung** des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010  
für die **Stadt Mühlheim am Main**, Stadtteil Mühlheim  
Gebiet A: "Nördlich der Dietesheimer Straße"  
Gebiet B: "Südlich der Lämmerspieler Straße"

**Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1  
Baugesetzbuch (BauGB) und der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, Behandlung der Stellungnahmen**

**Stellungnehmer: Energieversorgung Offenbach EVO AG**  
**Gruppe: TöB**

**001\_MUEH\_B-01042**

**Dokument vom: 11.02.2015**  
**Dokument-Nr.: S-02425**

Diese BE kommt in 1 Dokument(en) vor.

**Stellungnahme:**

Wir weisen Sie darauf hin, dass sich im Gebiet B mehrere Versorgungsleitungen unserer Gesellschaft befinden, die in Ihren weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden müssen.

**Behandlung:**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Begründung:**

Da im Gebiet B die bisher geplante Wohnbaunutzung zugunsten der Beibehaltung der derzeitigen landwirtschaftlichen Nutzung aufgegeben wird, besteht keine Notwendigkeit die Versorgungsleitungen im weiteren Planungsverlauf zu berücksichtigen.